

2003**Ausgegeben zu Bonn am 4. April 2003****Nr. 9**

Tag	Inhalt	Seite
12. 2. 2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag	282
12. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die biologische Vielfalt	283
12. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika	283
17. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	284
19. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge	286
19. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge	286
20. 2. 2003	Bekanntmachung des deutsch-malawischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	287
25. 2. 2003	Bekanntmachung des deutsch-madagassischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	288
28. 2. 2003	Bekanntmachung zu dem Europäischen Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen und den Geltungsbereich des Protokolls hierzu	290
28. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Chemiewaffenübereinkommens	291
28. 2. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial	291
28. 2. 2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-slowakischen Abkommens über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße sowie über das Außerkrafttreten der früheren Abkommen	292
28. 2. 2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs	293
4. 3. 2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens zum Schutz des archäologischen Erbes und über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz archäologischen Kulturguts	309
6. 3. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Regelung des Walfangs und des dazugehörigen Protokolls	310
12. 3. 2003	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 21. Juni 1961 zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt (Artikel 50 Abs. a)	311
21. 3. 2003	Bekanntmachung der Änderung des Anhangs zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping	311
26. 3. 2003	Bekanntmachung von Änderungen des Anhangs zu der Ausführungsordnung (Gebührenverzeichnis) zum Patentrechtsabkommen	324
31. 3. 2003	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verträge von 1999 des Weltpostvereins	327

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag**

Vom 12. Februar 2003

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. September 1994 zum Umweltschutzprotokoll vom 4. Oktober 1991 zum Antarktis-Vertrag (BGBl. 1994 II S. 2478) wird bekannt gemacht, dass die Anlage V des Umweltschutzprotokolls nach dessen Artikel 23 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 24. Mai 2002
in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde zu dem Umweltschutzprotokoll mit seinen Anlagen I bis V ist am 25. November 1994 bei der Regierung der Vereinigten Staaten hinterlegt worden.

Die Anlage V des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag ist ferner am 24. Mai 2002 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Argentinien	Korea, Republik
Australien	Neuseeland
Belgien	Niederlande
Brasilien	Norwegen
Bulgarien	Peru
Chile	Polen
China	Russische Föderation
Ecuador	Schweden
Finnland	Spanien
Frankreich	Südafrika
Indien	Uruguay
Italien	Vereinigtes Königreich
Japan	Vereinigte Staaten.

Berlin, den 12. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die biologische Vielfalt**

Vom 12. Februar 2003

Das Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741) wird nach seinem Artikel 36 Abs. 3 in Kraft treten für

Tuvalu am 20. März 2003.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 2002 (BGBl. 2003 II S. 60).

Berlin, den 12. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder
Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika**

Vom 12. Februar 2003

Das in Paris am 14. Oktober 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika (BGBl. 1997 II S. 1468), wird nach seinem Artikel 36 Abs. 2 für

Brunei Darussalam am 4. März 2003
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. Dezember 2002 (BGBl. 2003 II S. 60).

Berlin, den 12. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See
zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen**

Vom 17. Februar 2003

I.

Das Übereinkommen vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (BGBl. 1998 II S. 2233) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Rumänien	am 1. Dezember 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und der Erklärungen	
Slowakei	am 1. Januar 2003
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und der Erklärung	
Ungarn	am 1. November 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Vorbehalte und der Erklärungen.	

II.

Rumänien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 26. August 2002:

(Übersetzung)

„In accordance with Article 8, paragraph 2, Romania declares that, when acting as an intervening State, it shall be able to subordinate its intervention to the fulfillment of the condition that persons of Romanian nationality who are surrendered to the flag State under Article 15 and are convicted for a relevant offence have the possibility to be transferred in Romania, in order to serve the sentence imposed.

In accordance with Article 17, paragraph 1, Romania designates as the competent authority: the General Inspectorate of the Border Police (Str. Razoare nr. 2–4, sector 6, Bucuresti, Romania).

In accordance with Article 17, paragraph 2, Romania designates as the competent authority: the General Prosecutor's Office to the Supreme Court of Justice (Bd. Libertatii nr. 14, sector 5, Bucuresti, Romania).

In accordance with Article 19, paragraph 3, Romania reserves its right to require that all the requests, other communications and supporting documents sent to it, be made in or translated into Romanian or English.

Romania understands the provisions of Article 23 and Article 24 of the Agreement as establishing for the State to which data are transmitted the obligation to use such data only for the purpose for which they have been transmitted.”

„Nach Artikel 8 Absatz 2 erklärt Rumänien, dass es als eingreifender Staat sein Eingreifen von der Erfüllung der Bedingung abhängig machen kann, dass Personen rumänischer Staatsangehörigkeit, die nach Artikel 15 dem Flaggenstaat übergeben und wegen einer einschlägigen Straftat verurteilt werden, die Möglichkeit haben, zum Verbüßen der verhängten Strafe an Rumänien überstellt zu werden.

Nach Artikel 17 Absatz 1 bestimmt Rumänien als zuständige Behörde das General Inspectorate of the Border Police [Generalinspektorat der Grenzpolizei] (Str. Razoare nr. 2–4, sector 6, Bucuresti, Rumänien).

Nach Artikel 17 Absatz 2 bestimmt Rumänien als zuständige Behörde das General Prosecutor's Office to the Supreme Court of Justice [Büro des Generalstaatsanwalts beim Obersten Gerichtshof] (Bd. Libertatii nr. 14, sector 5, Bucuresti, Rumänien).

Nach Artikel 19 Absatz 3 behält sich Rumänien das Recht vor, zu verlangen, dass alle ihm übermittelten Ersuchen, anderen Mitteilungen und Schriftstücke in Rumänisch oder Englisch abgefasst sind oder eine Übersetzung in eine dieser Sprachen beigelegt ist.

Rumänien versteht die Artikel 23 und 24 des Übereinkommens dahin gehend, dass sie dem Staat, dem die Daten übermittelt werden, die Verpflichtung auferlegen, solche Daten nur für den Zweck, zu dem sie übermittelt wurden, zu verwenden.“

Die Slowakei bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. September 2002:

(Übersetzung)

“With reference to the provisions of Article 31, paragraph 1, of the Agreement, the Slovak Republic declares that it shall not apply Article 3, paragraphs 2 and 3.

In accordance with Article 19, paragraph 3, of the Agreement, the Slovak Republic reserves its right to require that the requests, other communications and supporting documents sent to it, be made in or accompanied by a translation into Slovakian or English.

Pursuant to the provision of Article 34, paragraph 3, of the Agreement, the Slovak Republic declares that, in respect of any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement, it recognises as compulsory, without prior agreement, and subject to reciprocity, the submission of the dispute to arbitration in accordance with the procedure set out in the Appendix to this Agreement.”

„Unter Bezug auf Artikel 31 Absatz 1 des Übereinkommens erklärt die Slowakische Republik, dass sie Artikel 3 Absätze 2 und 3 nicht anwenden wird.

In Übereinstimmung mit Artikel 19 Absatz 3 des Übereinkommens behält sich die Slowakische Republik das Recht vor, zu verlangen, dass die ihr übermittelten Ersuchen, anderen Mitteilungen und Schriftstücke in Slowakisch oder Englisch abgefasst sind oder eine Übersetzung in eine dieser Sprachen beigefügt ist.

Nach Artikel 34 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Slowakische Republik, dass sie bei allen Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens die Unterwerfung der Streitigkeit unter ein Schiedsverfahren in Übereinstimmung mit dem im Anhang zu dem Übereinkommen festgelegten Verfahren ohne vorherige Übereinkunft und vorbehaltlich der Gegenseitigkeit als obligatorisch anerkennt.“

Ungarn bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. Juli 2002:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 3, paragraph 6, of the Agreement, the Republic of Hungary declares that it will not apply Article 3, paragraphs 2 and 3.

In accordance with Article 19, paragraph 3, of the Agreement, the Republic of Hungary declares that if requests, other communications or supporting documents sent to it are not made in Hungarian or in one of the official languages of the Council of Europe, they shall be accompanied by a translation into either Hungarian, English or French.

In accordance with Article 17, paragraph 1, of the Agreement, the Republic of Hungary designates as competent authority the Hungarian National Police Headquarters, International Law Enforcement Co-operation Centre.

In accordance with Article 17, paragraph 2, of the Agreement, the Republic of Hungary designates the Office of the Prosecutor General as central authority.”

„Nach Artikel 3 Absatz 6 des Übereinkommens erklärt die Republik Ungarn, dass sie Artikel 3 Absätze 2 und 3 nicht anwenden wird.

Nach Artikel 19 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Republik Ungarn, dass den ihr übermittelten Ersuchen, anderen Mitteilungen oder Schriftstücken, die nicht in Ungarisch oder einer der Amtssprachen des Europarats abgefasst sind, eine Übersetzung ins Ungarische, Englische oder Französische beizufügen ist.

Nach Artikel 17 Absatz 1 des Übereinkommens bestimmt die Republik Ungarn das internationale Zentrum der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (International Law Enforcement Cooperation Centre) in der nationalen ungarischen Polizeibehörde (Hungarian National Police Headquarters) als zuständige Behörde.

Nach Artikel 17 Absatz 2 des Übereinkommens bestimmt die Republik Ungarn das Büro des Generalstaatsanwalts (Office of the Prosecutor General) als Zentrale Behörde.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. August 2001 (BGBl. II S. 903).

Berlin, den 17. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollabkommens
über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge**

Vom 19. Februar 2003

Das Zollabkommen vom 4. Juni 1954 über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (BGBl. 1956 II S. 1886, 1949) wird nach seinem Artikel 35 Abs. 2 für

Saudi-Arabien am 23. April 2003
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Januar 2003 (BGBl. II S. 191).

Berlin, den 19. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollabkommens
über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge**

Vom 19. Februar 2003

Das Zollabkommen vom 18. Mai 1956 über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge (BGBl. 1961 II S. 837, 922) wird nach seinem Artikel 34 Abs. 2 für

Saudi-Arabien am 23. April 2003
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 31. Januar 2003 (BGBl. II S. 206).

Berlin, den 19. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Bekanntmachung des deutsch-malawischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 20. Februar 2003

Das in Lilongwe/Malawi am 20. Januar 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2001) ist nach seinem Artikel 5

am 20. Januar 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. Februar 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Rainer Goerdeler

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi über Finanzielle Zusammenarbeit (Jahr 2001)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Malawi –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Malawi,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Malawi beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 1. November 2001 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Malawi, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 17 383 923,96 EUR (in Worten: siebzehn Millionen dreihundertdreißigtausendneinhundertdrei- undzwanzig Euro und sechsundneunzig Cent) für die folgenden Vorhaben zu erhalten:

- a) „Straßenunterhaltungsprogramm, Phase III“ bis zu 5 112 918,81 EUR (in Worten: fünf Millionen einhundertzwölf-tausendneinhundertachtzehn Euro und einundachtzig Cent),
- b) „Ausbau von Sekundärzentren Phase VI“ bis zu 4 601 626,93 EUR (in Worten: vier Millionen sechshunderteintausend-sechshundertsechszwanzig Euro und dreiundneunzig Cent),
- c) „Wasserversorgung Mangochi Distrikt Phase II“ bis zu 5 624 210,69 EUR (in Worten: fünf Millionen sechshundert-vierundzwanzigtausendzweihundertzehn Euro und neun- undsechzig Cent),
- d) „Grundbildung, Phase III“ bis zu 2 045 167,53 EUR (in Worten: zwei Millionen fünfundvierzigtausendeinhundert-siebenundsechzig Euro und dreiundfünfzig Cent),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Malawi zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a bis c genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden

Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für die Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Malawi stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Malawi erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Malawi überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Lilongwe am 20. Januar 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
F. Ring

Für die Regierung der Republik Malawi
Friday Jumbe

Bekanntmachung des deutsch-madagassischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 25. Februar 2003

Das in Berlin am 31. Januar 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit (2000 und 2001) ist nach seinem Artikel 5

am 31. Januar 2003

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. Februar 2003

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Rainer Goerdeler

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Madagaskar über Finanzielle Zusammenarbeit (2000 und 2001)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Madagaskar –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Madagaskar,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Madagaskar beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nr. 531/00 vom 27. Dezember 2000 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland über die Zusage von Mitteln der Finanziellen Zusammenarbeit und die Antwortnote 20643 vom 27. August 2001 der Regierung der Republik Madagaskar über die Annahme der Zusage sowie das Ergebnisprotokoll der Regierungsverhandlungen vom 19. Oktober 2001 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Madagaskar, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 10 225 837,62 EUR (in Worten: zehn Millionen zweihundertfünfundzwanzigtausendachthundertsebenunddreißig Euro und zweiundsechzig Cent) zu erhalten:

1. für die Vorhaben

- a) „Erosionsschutz Betsiboka“ bis zu 1 533 875,64 EUR (in Worten: eine Million fünfhundertdreiunddreißigtausendachthundertfünfundsiebzig Euro und vierundsechzig Cent),
- b) „Umweltaktionsplan IV (Umweltfibeln)“ bis zu 1 533 875,64 EUR (in Worten: eine Million fünfhundertdreiunddreißigtausendachthundertfünfundsiebzig Euro und vierundsechzig Cent),
- c) „Umweltaktionsplan V“ bis zu 1 022 583,76 EUR (in Worten: eine Million zweiundzwanzigtausendfünfhundertdreiundachtzig Euro und sechsundsiebzig Cent),
- d) „KV Basisgesundheits Mahajanga II“ bis zu 2 045 167,52 EUR (in Worten: zwei Millionen fünfundvierzigtausendehundertsebenundsechzig Euro und zweiundfünfzig Cent),
- e) „Umweltaktionsplan III, Reservatsschutz Ankarafantsika“ bis zu 3 579 043,17 EUR (in Worten: drei Millionen fünfhundertneunundsiebzigtausenddreiundvierzig Euro und sieben Cent),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

2. für die Aufstockung eines „Studien- und Fachkräftefonds“ bis zu 511 291,88 EUR (in Worten: fünfhundertelftausendzweihunderteinundneunzig Euro und achtundachtzig Cent).

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Madagaskar durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Madagaskar zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für die in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a bis d und Nummer 2 genannten Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009, für den in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe e genannten Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Madagaskar stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Madagaskar erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Madagaskar überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Berlin am 31. Januar 2003 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wort-
laut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Stanzel

Für die Regierung der Republik Madagaskar
Radavidson

**Bekanntmachung
zu dem Europäischen Übereinkommen
über das grenzüberschreitende Fernsehen
und den Geltungsbereich des Protokolls hierzu**

Vom 28. Februar 2003

I.

Polen hat dem Generalsekretär des Europarats am 6. November 2002 nachstehende Erklärung nach Artikel 19 Abs. 2 des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen (BGBl. 1994 II S. 638) notifiziert:

(Übersetzung)

“With reference to Article 19, paragraph 2, of the Convention, the Government of the Republic of Poland declares that the Committee for Radio and Television designated as the competent authority for Poland in 1992 has been replaced by the following body:

The National Broadcasting Council
Skwer Kardynała Wyszyńskiego 9
01-015 Warszawa
Tel.: (48 22) 838 50 21
Fax: (48 22) 838 81 97.”

„Unter Bezug auf Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt die Regierung der Republik Polen, dass der 1992 als zuständige Behörde für Polen benannte Ausschuss für Funk und Fernsehen durch folgende Stelle ersetzt wurde:

The National Broadcasting Council
[Nationaler Rundfunkrat]
Skwer Kardynała Wyszyńskiego 9
01-015 Warszawa
Tel.: (48 22) 838 50 21
Fax: (48 22) 838 81 97.“

II.

Die Bekanntmachung vom 29. April 2002 (BGBl. II S. 1524) über das Inkrafttreten des Protokolls vom 9. September 1998 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen (BGBl. 2000 II S. 1090) wird hinsichtlich des Inkrafttretens für Kroatien dergestalt berichtigt, dass das Protokoll nach seinem Artikel 35 Abs. 3 für Kroatien

am 1. April 2002

in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 2. September 2002 (BGBl. II S. 2534) und 29. April 2002 (BGBl. II S. 1524).

Berlin, den 28. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Chemiewaffenübereinkommens**

Vom 28. Februar 2003

Das Übereinkommen vom 13. Januar 1993 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (BGBl. 1994 II S. 806) ist nach seinem Artikel XXI Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Thailand am 9. Januar 2003.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Dezember 2002 (BGBl. 2003 II S. 81).

Berlin, den 28. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den physischen Schutz von Kernmaterial**

Vom 28. Februar 2003

Das Übereinkommen vom 26. Oktober 1979 über den physischen Schutz von Kernmaterial (BGBl. 1990 II S. 326) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Lettland am 6. Dezember 2002

Mali am 6. Juni 2002

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. Dezember 2002 (BGBl. 2003 II S. 87).

Berlin, den 28. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-slowakischen Abkommens
über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße
sowie über das Außerkrafttreten der früheren Abkommen**

Vom 28. Februar 2003

Das in Pressburg am 14. Juni 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße (BGBl. 2002 II S. 2355) wird nach seinem Artikel 21 Abs. 1

am 2. März 2003

in Kraft treten.

Nach seinem Artikel 21 Abs. 3 treten mit Inkrafttreten dieses Abkommens

- das Abkommen vom 28. Oktober 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über den grenzüberschreitenden Güterverkehr auf der Straße (BGBl. 1992 II S. 1327) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Slowakischen Republik und
- das Abkommen vom 25. September 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Slowakischen Republik über den grenzüberschreitenden Personenverkehr auf der Straße (BGBl. 1997 II S. 207)

außer Kraft.

Berlin, den 28. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des
Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs**

Vom 28. Februar 2003

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2000 zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 (IStGH-Statutgesetz) (BGBl. 2000 II S. 1393) wird bekannt gemacht, dass das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs nach seinem Artikel 126 für die

Bundesrepublik Deutschland	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde ist am 11. Dezember 2000 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Andorra	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Antigua und Barbuda	am	1. Juli 2002
Argentinien	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Australien	am	1. September 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Belgien	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Belize	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Benin	am	1. Juli 2002
Bolivien	am	1. September 2002
Bosnien und Herzegowina	am	1. Juli 2002
Botsuana	am	1. Juli 2002
Brasilien	am	1. September 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Bulgarien	am	1. Juli 2002
Costa Rica	am	1. Juli 2002
Dänemark (ohne Erstreckung auf die Färöer und Grönland)	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Dominica	am	1. Juli 2002
Dschibuti	am	1. Februar 2003
Ecuador	am	1. Juli 2002
Estland	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Fidschi	am	1. Juli 2002
Finnland	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Frankreich	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Gabun	am	1. Juli 2002
Gambia	am	1. September 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		

Ghana	am	1. Juli 2002
Griechenland	am	1. August 2002
Honduras	am	1. September 2002
Irland	am	1. Juli 2002
Island	am	1. Juli 2002
Italien	am	1. Juli 2002
Jordanien	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Auslegungserklärung		
Jugoslawien, Bundesrepublik	am	1. Juli 2002
Kambodscha	am	1. Juli 2002
Kanada	am	1. Juli 2002
Kolumbien	am	1. November 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Kongo, Demokratische Republik	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Korea, Republik	am	1. Februar 2003
Kroatien	am	1. Juli 2002
Lesotho	am	1. Juli 2002
Lettland	am	1. September 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Liechtenstein	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Luxemburg	am	1. Juli 2002
Malawi	am	1. Dezember 2002
Mali	am	1. Juli 2002
Marshallinseln	am	1. Juli 2002
Mauritius	am	1. Juli 2002
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am	1. Juli 2002
Mongolei	am	1. Juli 2002
Namibia	am	1. September 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Nauru	am	1. Juli 2002
Neuseeland	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Auslegungserklärung		
Niederlande (für das Königreich in Europa, die Niederländischen Antillen und Aruba)	am	1. Juli 2002
Niger	am	1. Juli 2002
Nigeria	am	1. Juli 2002
Norwegen	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Österreich	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Panama	am	1. Juli 2002
Paraguay	am	1. Juli 2002
Peru	am	1. Juli 2002
Polen	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Portugal	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Rumänien	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Sambia	am	1. Februar 2003
Samoa	am	1. Dezember 2002
San Marino	am	1. Juli 2002
Schweden	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Schweiz	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		

Senegal	am	1. Juli 2002
Sierra Leone	am	1. Juli 2002
Slowakei	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Slowenien	am	1. Juli 2002
Spanien	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Südafrika	am	1. Juli 2002
Tadschikistan	am	1. Juli 2002
Tansania	am	1. November 2002
Timor-Leste	am	1. Dezember 2002
Trinidad und Tobago	am	1. Juli 2002
Uganda	am	1. September 2002
Ungarn	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Uruguay	am	1. September 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Venezuela	am	1. Juli 2002
Vereinigtes Königreich	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Zentralafrikanische Republik	am	1. Juli 2002
Zypern	am	1. Juli 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen.		

II.

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Erklärungen notifiziert:

Andorra bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. April 2001:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Catalan)

„With regard to article 87, paragraph 1, of the Rome Statute of the International Criminal Court, the Principality of Andorra declares that all requests for cooperation made by the Court under part IX of the Statute must be transmitted through the diplomatic channel.

With regard to article 87, paragraph 2, of the Rome Statute of the International Criminal Court, the Principality of Andorra declares that all requests for cooperation and any supporting documents that it receives from the Court must, in accordance with article 50 of the Statute establishing Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish as the official languages of the Court, be drafted in French or Spanish or accompanied, where necessary, by a translation into one of these languages.

With regard to article 103, paragraph 1 (a) and (b) of the Rome Statute of the International Criminal Court, the Principality of Andorra declares that it would, if necessary, be willing to accept persons of Andorran nationality sentenced by the Court, provided that the sentence imposed by the Court was enforced in accordance with Andorran legislation on the maximum duration of sentences.”

(Übersetzung) (Original: Katalanisch)

„In Bezug auf Artikel 87 Absatz 1 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt das Fürstentum Andorra, dass alle vom Gerichtshof nach Teil 9 des Statuts gestellten Ersuchen um Zusammenarbeit auf diplomatischem Weg übermittelt werden müssen.

In Bezug auf Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt das Fürstentum Andorra, dass alle Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen, die es vom Gerichtshof erhält, im Einklang mit Artikel 50 des Statuts, in dem Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch als Amtssprachen des Gerichtshofs festgelegt werden, in Französisch oder Spanisch abgefasst oder nötigenfalls von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet sein müssen.

In Bezug auf Artikel 103 Absatz 1 Buchstaben a und b des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt das Fürstentum Andorra, dass es nötigenfalls bereit wäre, durch den Gerichtshof Verurteilte andorranischer Staatsangehörigkeit zu übernehmen, sofern die vom Gerichtshof verhängte Strafe im Einklang mit den andorranischen Rechtsvorschriften über die Strafhöchstdauer vollstreckt wird.“

Argentinien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 8. Februar 2001:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

“With regard to article 87, paragraph 2, of the Statute, the Argentine Republic hereby declares that requests for cooperation coming from the Court, and any accompanying documentation, shall be in Spanish or shall be accompanied by a translation into Spanish.”

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„In Bezug auf Artikel 87 Absatz 2 des Statuts erklärt die Argentinische Republik, dass vom Gerichtshof ausgehende Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in Spanisch abzufassen oder von einer Übersetzung ins Spanische zu begleiten sind.“

Australien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 1. Juli 2001:

(Übersetzung)

“Australia notes that a case will be inadmissible before the International Criminal Court (the Court) where it is being investigated or prosecuted by a State. Australia reaffirms the primacy of its criminal jurisdiction in relation to crimes within the jurisdiction of the Court. To enable Australia to exercise its jurisdiction effectively, and fully adhering to its obligations under the Statute of the Court, no person will be surrendered to the Court by Australia until it has had the full opportunity to investigate or prosecute any alleged crimes. For this purpose, the procedure under Australian law implementing the Statute of the Court provides that no person can be surrendered to the Court unless the Australian Attorney-General issues a certificate allowing surrender. Australian law also provides that no person can be arrested pursuant to an arrest warrant issued by the Court without a certificate from the Attorney-General.

Australia further declares its understanding that the offences in Article 6, 7 and 8 will be interpreted and applied in a way that accords with the way they are implemented in Australian domestic law.”

„Australien stellt fest, dass eine Sache vor dem Internationalen Strafgerichtshof („Gerichtshof“) nicht zulässig ist, wenn in dieser von einem Staat Ermittlungen oder eine Strafverfolgung durchgeführt werden. Australien bekräftigt den Vorrang seiner Strafgerichtsbarkeit in Bezug auf Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegen. Damit Australien seine Gerichtsbarkeit wirksam ausüben und seinen Verpflichtungen nach dem Statut des Gerichtshofs uneingeschränkt nachkommen kann, wird Australien dem Gerichtshof niemanden überstellen, solange es nicht die uneingeschränkte Möglichkeit hatte, Ermittlungen oder eine Strafverfolgung in Bezug auf alle angeblichen Verbrechen durchzuführen. Zu diesem Zweck sieht das Verfahren zur Durchführung des Statuts des Gerichtshofs nach australischem Recht vor, dass niemand ohne eine Bescheinigung des australischen Generalstaatsanwalts über die Genehmigung der Überstellung dem Gerichtshof überstellt werden kann. Das australische Recht sieht ferner vor, dass ohne Bescheinigung des Generalstaatsanwalts niemand aufgrund eines vom Gerichtshof erlassenen Haftbefehls festgenommen werden kann.

Australien erklärt ferner, dass die in den Artikeln 6, 7 und 8 aufgeführten Straftaten nach seinem Verständnis in einer Weise auszulegen und anzuwenden sind, die mit ihrer Umsetzung nach innerstaatlichem australischen Recht übereinstimmt.“

Belgien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Juni 2000:

(Übersetzung)

«En vertu de l'article 21, paragraphe 1 b) du Statut et eu égard aux règles du droit international humanitaire auxquelles il ne peut être dérogé, le Gouvernement belge considère que l'article 31, paragraphe 1 c) du Statut ne peut être appliqué et interprété qu'en conformité avec ces règles.

Se référant à l'article 87, paragraphe 1 du Statut, le Royaume de Belgique déclare que le Ministère de la Justice est l'autorité compétente pour la réception des demandes de coopération.

„Aufgrund des Artikels 21 Absatz 1 Buchstabe b des Statuts und gestützt auf die Regeln des humanitären Völkerrechts, gegen die nicht verstoßen werden darf, ist die belgische Regierung der Auffassung, dass Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe c des Statuts nur im Einklang mit diesen Regeln angewendet und ausgelegt werden darf.

In Bezug auf Artikel 87 Absatz 1 des Statuts erklärt das Königreich Belgien, dass das Ministerium der Justiz die zuständige Behörde für die Entgegennahme von Ersuchen um Zusammenarbeit ist.

Se référant à l'article 87, paragraphe 2, le Royaume de Belgique déclare que les demandes de coopération de la Cour et les pièces justificatives y afférentes seront rédigées dans une langue officielle du Royaume.»

In Bezug auf Artikel 87 Absatz 2 erklärt das Königreich Belgien, dass Ersuchen des Gerichtshofs um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in einer der Amtssprachen des Königreichs abzufassen sind.“

Belize bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 5. April 2000:

(Übersetzung)

“Pursuant to Article 87 (1) (a) of the Statute of the International Criminal Court, Belize declares that all requests made to it in accordance with Chapter 9 be sent through diplomatic channels.”

„Nach Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt Belize, dass alle nach Teil 9 an Belize gerichteten Ersuchen auf diplomatischem Weg zu übermitteln sind.“

Brasilien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. Juni 2002:

(Übersetzung)

“... with regard to article 87, paragraph 2 of the said Statute, the official language of the Federative Republic of Brazil is Portuguese and that all requests for cooperation and any supporting documents that it receives from the Court must be drafted in Portuguese or accompanied by a translation into Portuguese.”

„... in Bezug auf Artikel 87 Absatz 2 des genannten Statuts, dass die Amtssprache der Föderativen Republik Brasilien Portugiesisch ist und alle Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen, die es vom Gerichtshof erhält, in Portugiesisch abgefasst oder von einer Übersetzung ins Portugiesische begleitet sein müssen.“

Dänemark bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. Juni 2001:

(Übersetzung)

“Pursuant to article 87 (1) of the Statute, Denmark declares that requests from the Court shall be transmitted through the diplomatic channel or directly to the Ministry of Justice, which is the authority competent to receive such requests.

„Nach Artikel 87 Absatz 1 des Statuts erklärt Dänemark, dass Ersuchen des Gerichtshofs auf diplomatischem Weg oder unmittelbar an das Ministerium der Justiz, der für die Entgegennahme zuständigen Stelle, zu übermitteln sind.

Pursuant to article 87 (2) of the Statute, Denmark declares that requests from the Court for cooperation and any documents supporting such requests shall be submitted either in Danish which is the official language of Denmark or in English, which is one of the working languages of the Court.”

Nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts erklärt Dänemark, dass Ersuchen des Gerichtshofs um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen entweder in Dänisch als der Amtssprache Dänemarks oder in Englisch als einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs abzufassen sind.“

Deutschland bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. Dezember 2000:

(Übersetzung)

“The Federal Republic of Germany declares, pursuant to article 87 (1) of the Rome Statute, that requests from the Court can also be transmitted directly to the Federal Ministry of Justice or an agency designated by the Federal Ministry of Justice in an individual case. Requests to the Court can be transmitted directly from the Federal Ministry of Justice or, with the Ministry's agreement, from another competent agency to the Court.

„Die Bundesrepublik Deutschland erklärt nach Artikel 87 Absatz 1 des Römischen Statuts, dass Ersuchen des Gerichtshofs auch unmittelbar an das Bundesministerium der Justiz oder eine vom Bundesministerium der Justiz im Einzelfall bestimmte Stelle übermittelt werden können. Ersuchen an den Gerichtshof können unmittelbar durch das Bundesministerium der Justiz oder, mit der Zustimmung des Ministeriums, eine andere zuständige Stelle übermittelt werden.“

The Federal Republic of Germany further declares, pursuant to article 87 (2) of the Rome Statute, that requests for cooperation to Germany and any documents supporting the request must be accompanied by a translation into German."

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt ferner nach Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts, dass an Deutschland gerichtete Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen von einer Übersetzung ins Deutsche begleitet sein müssen."

Estland bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. Januar 2002:

(Übersetzung)

"Pursuant to Article 87, paragraph 1 of the Statute the Republic of Estonia declares that the requests from the International Criminal Court shall be transmitted either through the diplomatic channels or directly to the Public Prosecutor's Office, which is the authority to receive such requests.

„Nach Artikel 87 Absatz 1 des Statuts erklärt die Republik Estland, dass Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs entweder auf diplomatischem Weg oder unmittelbar an das Büro des Generalstaatsanwalts, der Stelle für die Entgegennahme dieser Ersuchen, zu übermitteln sind.

Pursuant to [Article] 87, paragraph 2 of the Statute the Republic of Estonia declares that requests from the International Criminal Court and any documents supporting such requests shall be submitted either in Estonian which is the official language of the Republic of Estonia or in English which is one of the working languages of the International Criminal Court."

Nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts erklärt die Republik Estland, dass Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen entweder in Estnisch als der Amtssprache der Republik Estland oder in Englisch als einer der Arbeitssprachen des Internationalen Strafgerichtshofs zu übermitteln sind."

Finnland bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 29. Dezember 2000:

(Übersetzung)

"Pursuant to Article 87 (1) (a) of the Statute, the Republic of Finland declares that requests for cooperation shall be transmitted either through the diplomatic channel or directly to the Ministry of Justice, which is the authority competent to receive such requests. The Court may also, if need be, enter into direct contact with other competent authorities of Finland. In matters relating to requests for surrender the Ministry of Justice is the only competent authority.

„Nach Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a des Statuts erklärt die Republik Finnland, dass Ersuchen um Zusammenarbeit entweder auf diplomatischem Weg oder unmittelbar an das Ministerium der Justiz, das die für die Entgegennahme dieser Ersuchen zuständige Behörde ist, zu übermitteln sind. Der Gerichtshof kann sich nötigenfalls auch mit anderen zuständigen Behörden in Finnland unmittelbar in Verbindung setzen. Für Angelegenheiten betreffend Überstellungsersuchen ist das Ministerium der Justiz die einzige zuständige Behörde.

Pursuant to Article 87 (2) of the Statute, the Republic of Finland declares that requests from the Court and any documents supporting such requests shall be submitted either in Finnish or Swedish, which are the official languages of Finland, or in English which is one of the working languages of the Court."

Nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts erklärt die Republik Finnland, dass Ersuchen des Gerichtshofs und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen entweder in Finnisch oder Schwedisch als den Amtssprachen Finnlands oder in Englisch als einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs abzufassen sind."

Frankreich bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 9. Juni 2000:

(Übersetzung)

«I. Déclaration interprétative

(1) Les dispositions du Statut de la Cour pénale internationale ne font pas obstacle à l'exercice par la France de son droit naturel de légitime défense, et ce conformément à l'article 51 de la Charte.

(2) Les dispositions de l'article 8 du Statut, en particulier celles du paragraphe 2 b),

„I. Auslegungserklärung

(1) Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs hindert Frankreich nicht an der Ausübung seines naturgegebenen Rechts zur Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta.

(2) Artikel 8 des Statuts, insbesondere Absatz 2 Buchstabe b, betrifft ausschließ-

concernent exclusivement les armements classiques et ne sauraient ni réglementer ni interdire l'emploi éventuel de l'arme nucléaire ni porter préjudice aux autres règles du droit international applicables à d'autres armes, nécessaires à l'exercice par la France de son droit naturel de légitime défense, à moins que l'arme nucléaire ou ces autres armes ne fassent l'objet dans l'avenir d'une interdiction générale et ne soient inscrites dans une annexe au Statut, par voie d'amendement adopté selon les dispositions des articles 121 et 123.

(3) Le Gouvernement de la République française considère que l'expression «conflit armé» dans l'article 8, paragraphes 2 b) et c), d'elle-même et dans son contexte, indique une situation d'un genre qui ne comprend pas la commission de crimes ordinaires, y compris les actes de terrorisme, qu'ils soient collectifs ou isolés.

(4) La situation à laquelle les dispositions de l'article 8, paragraphes 2 b) (xxiii) du Statut font référence ne fait pas obstacle au lancement par la France d'attaques contre des objectifs considérés comme des objectifs militaires en vertu du droit international humanitaire.

(5) Le Gouvernement de la République française déclare que l'expression «avantage militaire» à l'article 8 paragraphe 2 b) (iv) désigne l'avantage attendu de l'ensemble de l'attaque et non de parties isolées ou particulières de l'attaque.

(6) Le Gouvernement de la République française déclare qu'une zone spécifique peut être considérée comme un «objectif militaire», tel qu'évoqué dans l'ensemble du paragraphe 2 b) de l'article 8, si, à cause de sa situation ou de sa nature, de son utilisation ou de son emplacement, sa destruction totale ou partielle, sa capture ou sa neutralisation, compte tenu des circonstances du moment, offre un avantage militaire décisif.

Le Gouvernement de la République française considère que les dispositions de l'article 8 paragraphe 2 b) (ii) et (v) ne visent pas les éventuels dommages collatéraux résultant des attaques dirigées contre des objectifs militaires.

(7) Le Gouvernement de la République française considère que le risque de dommages à l'environnement naturel résultant de l'utilisation des méthodes et moyens de guerre, tel qu'il découle des dispositions de l'article 8 paragraphe 2 b) (iv), doit être analysé objectivement sur la base de l'information disponible au moment où il est apprécié.

II. Déclaration en application de l'article 87, paragraphe 2

En application de l'article 87, paragraphe 2 du Statut, la République française déclare que les demandes de coopération et les pièces justificatives y afférentes qui

lich konventionelle Rüstung und kann weder den etwaigen Gebrauch von Atomwaffen reglementieren oder verbieten noch sonstige Regeln des Völkerrechts beeinträchtigen, die für andere Waffen gelten, deren Frankreich zur Ausübung seines naturgegebenen Rechts zur Selbstverteidigung bedarf, es sei denn, dass Atomwaffen oder solche anderen Waffen künftig allgemein verboten und im Wege einer nach den Artikeln 121 und 123 angenommenen Änderung in eine Anlage zum Statut aufgenommen werden.

(3) Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass der Ausdruck ‚bewaffneter Konflikt‘ in Artikel 8 Absatz 2 Buchstaben b und c für sich genommen und in seinem Kontext Situationen einer Art bezeichnet, die nicht kollektiv oder durch Einzelne begangene gewöhnliche Verbrechen, einschließlich Terrorhandlungen, beinhaltet.

(4) Die Situation, auf die Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer xxiii des Statuts Bezug nimmt, hindert Frankreich nicht, Angriffe gegen Ziele zu führen, die im humanitären Völkerrecht als militärische Ziele angesehen werden.

(5) Die Regierung der Französischen Republik erklärt, dass der Ausdruck ‚militärischer Vorteil‘ in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer iv den von dem Angriff insgesamt, nicht aber von einzelnen oder besonderen Teilen des Angriffs erwarteten Vorteil bezeichnet.

(6) Die Regierung der Französischen Republik erklärt, dass ein spezifisches Gebiet als ein ‚militärisches Ziel‘ im Sinne des gesamten Artikels 8 Absatz 2 Buchstabe b angesehen werden kann, wenn seine gänzliche oder teilweise Zerstörung, seine Inbesitznahme oder seine Neutralisierung wegen seiner Situation oder Beschaffenheit, Nutzung oder Lage unter den im betreffenden Augenblick herrschenden Umständen einen entscheidenden militärischen Vorteil bietet.

Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass sich Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Ziffern ii und v nicht auf etwaige Nebenschäden bezieht, die durch Angriffe auf militärische Ziele verursacht werden.

(7) Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass die Gefahr der Verursachung von Schäden an der natürlichen Umwelt durch den Einsatz von Methoden und Mitteln der Kriegführung, wie sie sich aus Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer iv ergibt, auf der Grundlage der Informationen, die zum Zeitpunkt der Gefahrenabschätzung vorliegen, objektiv analysiert werden muss.

II. Erklärung nach Artikel 87 Absatz 2

Die Französische Republik erklärt nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts, dass Ersuchen um Zusammenarbeit, die der Gerichtshof an sie richtet, und die zu ihrer

lui seront adressées par la Cour devront être rédigées en langue française.

III. Déclaration en application de l'article 124

En application de l'article 124 du Statut de la Cour pénale internationale, la République française déclare qu'elle n'accepte pas la compétence de la Cour en ce qui concerne la catégorie de crimes visée à l'article 8 lorsqu'il est allégué qu'un crime a été commis sur son territoire ou par ses ressortissants.»

Begründung beigefügten Unterlagen in französischer Sprache abzufassen sind.

III. Erklärung nach Artikel 124

Die Französische Republik erklärt nach Artikel 124 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, dass sie die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs für die in Artikel 8 bezeichnete Kategorie von Verbrechen nicht anerkennt, wenn angeblich ein Verbrechen in ihrem Hoheitsgebiet oder von ihren Staatsangehörigen begangen worden ist.“

Gambia bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Juni 2002:

(Übersetzung)

“Pursuant to article 87 (1) of the Statute, the Republic of the Gambia declares that requests from the Court shall be transmitted through the diplomatic channel or directly to the Attorney General's Chambers and the Department of State for Justice, which is the authority competent to receive such request.

Pursuant to article 87 (2) of the Statute, the Republic of the Gambia declares that requests from the Court and any document supporting such requests shall be in English which is one of the working languages of the Court and the official language of the Republic of the Gambia.”

„Nach Artikel 87 Absatz 1 des Statuts erklärt die Republik Gambia, dass Ersuchen des Gerichtshofs auf diplomatischem Weg oder unmittelbar dem Büro des Generalstaatsanwalts und dem Ministerium der Justiz, der zuständigen Behörde für die Entgegennahme dieser Ersuchen, zu übermitteln sind.

Nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts erklärt die Republik Gambia, dass Ersuchen des Gerichtshofs und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in Englisch als einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs und der Amtssprache der Republik Gambia abzufassen sind.“

Jordanien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. April 2002:

(Übersetzung)

“The Government of the Hashemite Kingdom of Jordan hereby declares that nothing under its national law including the Constitution, is inconsistent with the Rome Statute of the International Criminal Court. As such, it interprets such national law as giving effect to the full application of the Rome Statute and the exercise of relevant jurisdiction thereunder.”

„Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien erklärt hiermit, dass sein innerstaatliches Recht einschließlich der Verfassung nicht im Widerspruch zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs steht. Daher legt sie dieses innerstaatliche Recht dahingehend aus, dass es der uneingeschränkten Anwendung des Römischen Statuts und der Ausübung der darin vorgesehenen einschlägigen Gerichtsbarkeit Wirkung verleiht.“

Kolumbien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 5. August 2002:

(Übersetzung)

„1. Ninguna de las disposiciones del Estatuto de Roma sobre el ejercicio de las competencias de la Corte Penal Internacional impide la concesión de amnistías, indultos o perdones judiciales por delitos políticos por parte del Estado colombiano, siempre y cuando dicha concesión se efectúe de conformidad con la constitución política y los principios y normas de derecho internacional aceptados por Colombia.

Colombia declara que las normas de este Estatuto deben ser aplicadas e interpretadas de manera concordante con las disposiciones del derecho internacional humanitario y, en consecuen-

„1. Die Bestimmungen des Römischen Statuts über die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch den Internationalen Strafgerichtshof hindern den kolumbianischen Staat nicht daran, bei politischen Straftaten Amnestien zu erlassen, Begnadigungen auszusprechen oder Strafaussetzung zu gewähren, sofern dies im Einklang mit der Verfassung und den von Kolumbien anerkannten Grundsätzen und Regeln des Völkerrechts geschieht.

Kolumbien erklärt, dass das Statut auf eine mit dem humanitären Völkerrecht vereinbare Art und Weise angewandt und ausgelegt werden muss, und dass folglich durch das Statut die Rechte

cia, nada de lo dispuesto en el Estatuto afecta los derechos y obligaciones consagrados en las disposiciones del derecho internacional humanitario, en especial las señaladas en el Artículo 3 común a los cuatro Convenios de Ginebra y en los Protocolos I y II a estos Convenios.

Así mismo si llegara a darse el caso de que un colombiano haya de ser investigado y enjuiciado por la Corte Penal Internacional, procede la interpretación y aplicación del Estatuto de Roma, de ser apropiado, de conformidad con los principios y normas que integran el derecho internacional humanitario y el derecho internacional de los derechos humanos.

2. Colombia, respecto de los Artículos 61, párrafo 2, literal b y 67 párrafo 1, literal d), declara que siempre será en interés de la justicia que a los nacionales colombianos les sea garantizado plenamente el derecho en defensa, en especial el derecho a ser asistido por un abogado durante las etapas de investigación y juzgamiento por parte de la Corte Penal Internacional.
3. Colombia, respecto del Artículo 17, párrafo 3, declara que las 'otras razones' a que se refiere el citado Artículo a fin de determinar la incapacidad del Estado para investigar o enjuiciar un asunto, se refieren a la ausencia evidente de condiciones objetivas necesarias para llevar a cabo el juicio.
4. Colombia, teniendo en cuenta que el ámbito del Estatuto de Roma se limita exclusivamente al ejercicio de la competencia complementaria atribuida a la Corte Penal Internacional y a la cooperación de las autoridades nacionales con esta, declara que ninguna de las disposiciones del Estatuto de Roma modifican el derecho interno aplicado por las autoridades judiciales colombianas en ejercicio de las competencias nacionales que le son propias dentro del territorio de la República de Colombia.
5. El Gobierno de Colombia haciendo uso de la facultad consagrada en el Artículo 124 del Estatuto y sujeto a las condiciones establecidas en el mismo, declara que no acepta la competencia de la Corte sobre la categoría de crímenes a que se hace referencia en el Artículo 8 cuando se denuncie la comisión de uno de esos crímenes por nacionales colombianos o en territorio colombiano.
6. De conformidad con lo señalado en el Artículo 87 párrafo 1) literal a y párrafo 2) primer inciso del mismo Artículo, el Gobierno de Colombia declara que las solicitudes de cooperación o asistencia se tramitan por vía diplomática las cuales deberán estar en el idioma español o acompañadas de una traducción a este idioma."

und Pflichten nicht berührt werden dürfen, die in den Regeln des humanitären Völkerrechts, insbesondere im gemeinsamen Artikel 3 der vier Genfer Abkommen und in ihren Protokollen I und II, niedergelegt sind.

Ebenso muss das Römische Statut, soweit angebracht, in den Fällen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Regeln des humanitären Völkerrechts und des internationalen Rechts zum Schutz der Menschenrechte angewandt und ausgelegt werden, in denen sich die Ermittlungen und die Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof gegen einen kolumbianischen Staatsangehörigen richten.

2. Zu Artikel 61 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 67 Absatz 1 Buchstabe d erklärt Kolumbien, dass es immer im Interesse der Rechtspflege liegen wird, wenn kolumbianischen Staatsangehörigen uneingeschränkt das Recht auf Verteidigung, insbesondere das Recht, während der Ermittlungen und der Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof von einem Rechtsbeistand unterstützt zu werden, zuerkannt wird.
3. Zu Artikel 17 Absatz 3 erklärt Kolumbien, dass sich die Worte 'aus anderen Gründen' im Zusammenhang mit der Feststellung des Unvermögens des Staates, Ermittlungen oder eine Strafverfolgung in einer Sache durchzuführen, auf das offenkundige Fehlen der für die Führung des Hauptverfahrens notwendigen objektiven Voraussetzungen beziehen.
4. In dem Bewusstsein, dass der Geltungsbereich des Römischen Statuts ausschließlich auf die Ausübung einer ergänzenden Gerichtsbarkeit durch den Internationalen Strafgerichtshof und die Zusammenarbeit innerstaatlicher Behörden mit diesem beschränkt ist, erklärt Kolumbien, dass das von den kolumbianischen Justizbehörden in Ausübung ihrer innerstaatlichen Gerichtsbarkeit im Hoheitsgebiet der Republik Kolumbien angewandte innerstaatliche Recht durch das Römische Statut nicht geändert wird.
5. Unter Inanspruchnahme der in Artikel 124 des Statuts vorgesehenen Möglichkeit und nach Maßgabe der darin festgelegten Voraussetzungen erklärt die Regierung von Kolumbien, dass sie die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs für die Kategorie der in Artikel 8 bezeichneten Verbrechen nicht anerkennt, wenn angeblich ein Verbrechen von kolumbianischen Staatsangehörigen oder in kolumbianischem Hoheitsgebiet begangen worden ist.
6. Nach Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 87 Absatz 2 Satz 1 erklärt die Regierung von Kolumbien, dass Ersuchen um Zusammenarbeit oder Rechtshilfe auf diplomatischem Weg übermittelt und entweder in spanischer Sprache abgefasst oder von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sein müssen."

Die Demokratische Republik Kongo bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. April 2002:

(Übersetzung)

«Conformément à la disposition de l'article 87, paragraphe 1, lettre a du Statut de Rome de la Cour pénale internationale, les demandes de coopération émanant de la Cour sont transmises au Parquet Général de la République Démocratique du Congo.

Pour toute demande de coopération au sens de l'article 87 paragraphe 2, du Statut, le français est la langue officielle.»

„Im Einklang mit Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs sind vom Gerichtshof ausgehende Ersuchen um Zusammenarbeit an die Generalstaatsanwaltschaft der Demokratischen Republik Kongo zu übermitteln.

Für alle Ersuchen um Zusammenarbeit im Sinne des Artikels 87 Absatz 2 des Statuts ist Französisch die Amtssprache.“

Lettland bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Juni 2002:

(Übersetzung)

“Pursuant to article 87, paragraph 2 of the Rome Statute of the International Criminal Court the Republic of Latvia declares that requests for cooperation and any documents supporting the request shall either be in or be accompanied by a translation into the Latvian language.”

„Nach Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt die Republik Lettland, dass Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen entweder in lettischer Sprache abzufassen oder von einer Übersetzung in diese Sprache zu begleiten sind.“

Liechtenstein bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 2. Oktober 2001:

(Übersetzung)

“Requests of the Court made pursuant to article 87, paragraph 1 (a) of the Statute, shall be transmitted to the central authority for cooperation with the International Criminal Court, namely the Ministry of Justice of the Government of the Principality of Liechtenstein.

Pursuant to article 87, paragraph 1 (a) of the Statute, the Court may serve in decisions and other records or documents upon recipients in the Principality of Liechtenstein directly by mail. A summons to appear before the Court as a witness or expert shall be accompanied by the Rule of Procedure and Evidence of the Court on self-incrimination; this Rule shall be given to the person concerned in a language that the person understands.

The official language in the sense of article 87, paragraph 2 of the Statute is German. Requests and supporting documentation shall be submitted in the official language of the Principality of Liechtenstein, German, or translated into German.

Pursuant to article 103, paragraph 1 of the Statute, the Principality of Liechtenstein declares its willingness to accept persons sentenced to imprisonment by the Court, for purposes of execution of the sentence, if the persons are Liechtenstein citizens or if the persons' usual residence is in the Principality of Liechtenstein.”

„Nach Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a des Statuts gestellte Ersuchen des Gerichtshofs sind an die zentrale Behörde für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof, das Ministerium der Justiz der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, zu übermitteln.

Nach Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a des Statuts kann der Gerichtshof seine Entscheidungen und andere Unterlagen Empfängern im Fürstentum Liechtenstein unmittelbar per Post zustellen. Einer Ladung vor den Gerichtshof als Zeuge oder Sachverständiger ist die Bestimmung der Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs über die Selbstbelastung beizufügen; diese Bestimmung ist der Person in einer Sprache zu übergeben, die sie versteht.

Die Amtssprache im Sinne des Artikels 87 Absatz 2 des Statuts ist Deutsch. Ersuchen und zu ihrer Begründung beigefügte Unterlagen sind in Deutsch, der Amtssprache des Fürstentums Liechtenstein, zu übermitteln, oder ins Deutsche zu übersetzen.

Nach Artikel 103 Absatz 1 des Statuts bekundet das Fürstentum Liechtenstein seine Bereitschaft zur Übernahme von durch das Gericht zu einer Freiheitsstrafe Verurteilten zum Zweck der Strafvollstreckung, wenn diese liechtensteinische Staatsangehörige sind oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Fürstentum Liechtenstein haben.“

Namibia am 8. Oktober 2002:

(Übersetzung)

“... with reference to Article 87 paragraph 2 of the Rome Statute of the International Criminal Court, [the Republic of Namibia] declares that all requests for co-operation and any documents supporting the request, must either be in, or be accompanied by a translation into the English language.”

„... unter Hinweis auf Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt [die Republik Namibia], dass alle Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen entweder in englischer Sprache abgefasst oder von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sein müssen.“

Neuseeland bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 7. September 2000:

(Übersetzung)

“1. The Government of New Zealand notes that the majority of the war crimes specified in article 8 of the Rome Statute, in particular those in article 8 (2) (b) (i) – (v) and 8 (2) (e) (i) – (iv) (which relate to various kinds of attacks on civilian targets), make no reference to the type of the weapons employed to commit the particular crime. The Government of New Zealand recalls that the fundamental principle that underpins international humanitarian law is to mitigate and circumscribe the cruelty of war for humanitarian reasons and that, rather than being limited to weaponry of an earlier time; this branch of law has evolved, and continues to evolve, to meet contemporary circumstances. Accordingly, it is the view of the Government of New Zealand that it would be inconsistent with principles of international humanitarian law to purport to limit the scope of article 8, in particular article 8 (2) (b), to events that involve conventional weapons only.

„1. Die Regierung von Neuseeland stellt fest, dass die meisten der in Artikel 8 des Römischen Statuts aufgeführten Kriegsverbrechen, insbesondere jene in Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b Ziffern i bis v und Buchstabe e Ziffern i bis iv (betreffend verschiedene Arten des Angriffs auf zivile Objekte) keinen Verweis auf die Art der Waffen enthalten, die zur Begehung des jeweiligen Verbrechens verwendet werden. Die Regierung von Neuseeland erinnert daran, dass der Grundsatz des humanitären Völkerrechts darin liegt, die Grausamkeit des Krieges aus humanitären Gründen zu mildern und einzugrenzen, und dass sich dieser Rechtszweig nicht auf Waffensysteme früherer Zeiten beschränkt, sondern sich weiter entwickelt hat und weiter entwickeln wird, um gegenwärtigen Gegebenheiten zu entsprechen. Es ist daher die Auffassung der Regierung von Neuseeland, dass es im Widerspruch zu den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts stünde, den Geltungsbereich des Artikels 8, insbesondere des Absatzes 2 Buchstabe b, auf Ereignisse begrenzen zu wollen, die nur konventionelle Waffen einschließen.

2. The Government of New Zealand finds support for its view in the Advisory Opinion of the International Court of Justice on the Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons (1996) and draws attention to paragraph 86, in particular, where the Court stated that the conclusion that humanitarian law did not apply to such weapons

2. Die Regierung von Neuseeland sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Rechtmäßigkeit der Drohung mit oder des Einsatzes von Kernwaffen (1996) und verweist insbesondere auf Absatz 86, in dem der Gerichtshof feststellt, dass der Schluss, das humanitäre Recht sei nicht auf diese Waffen anwendbar,

‘Would be incompatible with the intrinsically humanitarian character of the legal principles in question which permeates the entire law of armed conflict and applies to all forms of warfare and to all kinds of weapons, those of the past, those of the present and those of the future.’

„[...] die ihrem Wesen nach humanitäre Natur der anstehenden Rechtsprinzipien verkennen würde, die das gesamte Recht des bewaffneten Konflikts prägen und auf alle Formen der Kriegführung und alle Arten von Waffen anwendbar sind, solche der Vergangenheit wie solche der Gegenwart und der Zukunft.“

3. The Government of New Zealand further notes that international humanitarian law applies equally to aggressor and defender states and its application in a particular context is not de-

3. Die Regierung von Neuseeland stellt ferner fest, dass das humanitäre Völkerrecht für angreifende und sich verteidigende Staaten gleichermaßen gilt und seine Anwendung in einem be-

pendent on a determination of whether or not a state is acting in self-defence. In this respect it refers to paragraphs 40–42 of the Advisory Opinion in the Nuclear Weapons Case.”

stimmten Zusammenhang nicht davon abhängig ist, ob ein Staat in Selbstverteidigung handelt. In dieser Hinsicht verweist sie auf die Absätze 40 bis 42 des Gutachtens über Kernwaffen.“

Norwegen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. Februar 2000:

(Übersetzung)

“1. With reference to Article 87, paragraph 1 (a), the Kingdom of Norway hereby declares that the Royal Ministry of Justice is designated as the channel for the transmission of requests from the Court.

„1. Unter Hinweis auf Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a erklärt das Königreich Norwegen hiermit, dass das Königliche Ministerium der Justiz als Weg der Übermittlung für Ersuchen des Gerichtshofs bestimmt wird.

2. With reference to Article 87, paragraph 2, the Kingdom of Norway hereby declares that requests from the Court and any documents supporting the request shall be submitted in English, which is one of the working languages of the Court.”

2. Unter Hinweis auf Artikel 87 Absatz 2 erklärt das Königreich Norwegen hiermit, dass Ersuchen des Gerichtshofs und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in Englisch als einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs vorzulegen sind.“

Österreich bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Dezember 2000:

(Übersetzung)

“Pursuant to article 87, paragraph 2 of the Rome Statute the Republic of Austria declares that requests for cooperation and any documents supporting the request shall either be in or be accompanied by a translation into the German language.”

„Nach Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts erklärt die Republik Österreich, dass Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen entweder in deutscher Sprache abzufassen oder von einer Übersetzung in diese Sprache zu begleiten sind.“

Polen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 12. November 2001:

(Übersetzung)

(Courtesy Translation) (Original: Polish)

(Höflichkeitsübersetzung) (Original: Polnisch)

“In accordance with Article 87 paragraph 2 of the Statute the Republic of Poland declares that applications on cooperation submitted by Court and documents added to them shall be made in Polish language.”

„In Anwendung des Artikels 87 Absatz 2 des Statuts erklärt die Republik Polen, dass vom Gerichtshof eingereichte Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in Polnisch abzufassen sind.“

Portugal bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 5. Februar 2002:

(Übersetzung)

“The Portuguese Republic declares the intention to exercise its jurisdictional powers over every person found in the Portuguese territory, that is being prosecuted for the crimes set forth in article 5, paragraph 1 of the Rome Statute of the International Criminal Court, within the respect for the Portuguese criminal legislation.

„Die Portugiesische Republik bekundet ihre Absicht, ihre Gerichtsbarkeit im Rahmen des portugiesischen Strafrechts über jede im portugiesischen Hoheitsgebiet befindliche Person auszuüben, die wegen der in Artikel 5 Absatz 1 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs aufgeführten Verbrechen strafrechtlich verfolgt wird.

With regard to article 87, paragraph 2 of the Rome Statute of the International Criminal Court, the Portuguese Republic declares that all requests for cooperation and any supporting documents that it receives from the Court must be drafted in Portuguese or accompanied by a translation into Portuguese.”

In Bezug auf Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt die Portugiesische Republik, dass alle Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen, die sie vom Gerichtshof erhält, in Portugiesisch abgefasst oder von einer Übersetzung ins Portugiesische begleitet sein müssen.“

Rumänien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. April 2002:

(Übersetzung)

- | | |
|--|---|
| <p>“1. With reference to article 87 paragraph 1 (a) of the Statute, the Ministry of Justice is the Romanian authority competent to receive the requests of the International Criminal Court, to send them immediately for resolution to the Romanian judicial competent bodies, and to communicate to the International Criminal Court the relevant documents.</p> <p>2. With reference to article 87 paragraph 2 of the Statute, the requests of the International Criminal Court and the relevant documents shall be transmitted in the English language, or accompanied by official translations in this language.”</p> | <p>„1. Unter Hinweis auf Artikel 87 Absatz 1 Buchstabe a des Statuts ist das Ministerium der Justiz die zuständige Behörde Rumäniens für die Entgegennahme der Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs, ihre umgehende Übersendung zur Klärung an die zuständigen gerichtlichen rumänischen Stellen und die Weiterleitung der einschlägigen Unterlagen an den Internationalen Strafgerichtshof.</p> <p>2. Unter Hinweis auf Artikel 87 Absatz 2 des Statuts sind die Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs und die zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in englischer Sprache zu übermitteln oder von einer amtlichen Übersetzung in diese Sprache zu begleiten.“</p> |
|--|---|

Schweden bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Juni 2001:

(Übersetzung)

- | | |
|--|---|
| <p>“In connection with the deposit of its instrument of ratification of the Rome Statute of the International Criminal Court and, with regard to the war crimes specified in Article 8 of the Statute which relate to the methods of warfare, the Government of the Kingdom of Sweden would like to recall the Advisory Opinion given by the International Court of justice on 8 July 1996 on the Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons, and in particular paragraphs 85 to 87 thereof, in which the Court finds that there can be no doubt as to the applicability of humanitarian law to nuclear weapons.</p> | <p>„Im Zusammenhang mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs und in Bezug auf die in Artikel 8 des Statuts aufgeführten Kriegsverbrechen, die sich auf die Methoden der Kriegführung beziehen, möchte die Regierung des Königreichs Schweden an das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 8. Juli 1996 über die Rechtmäßigkeit der Drohung mit oder des Einsatzes von Kernwaffen, insbesondere dessen Absätze 85 bis 87, erinnern, worin der Gerichtshof feststellt, dass kein Zweifel hinsichtlich der Anwendbarkeit des humanitären Rechts auf Kernwaffen bestehen kann.</p> |
|--|---|

Declarations

With regard to Article 87, paragraph 1, of the Rome Statute of the International Criminal Court, the Kingdom of Sweden declares that all requests for cooperation made by the Court under part IX of the Statute must be transmitted through the Swedish Ministry of Justice.

With regard to Article 87, paragraph 2, of the Rome Statute of the International Criminal Court, the Kingdom of Sweden declares that all requests for cooperation and any supporting documents that it receives from the Court must be drafted in English or Swedish, or accompanied, where necessary, by a translation into one of these languages.”

Erklärungen

Nach Artikel 87 Absatz 1 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt das Königreich Schweden, dass alle vom Gerichtshof nach Teil 9 des Statuts gestellten Ersuchen um Zusammenarbeit dem schwedischen Ministerium der Justiz übermittelt werden müssen.

Nach Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt das Königreich Schweden, dass alle Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen, die es vom Gerichtshof erhält, in Englisch oder Schwedisch abgefasst oder nötigenfalls von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet sein müssen.“

Die Schweiz bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 12. Oktober 2001:

(Übersetzung)

- | | |
|---|---|
| <p>«Les demandes de coopération émanant de la Cour en vertu de l'art. 87, par. 1, let. a, du Statut sont transmises au Service cen-</p> | <p>„Vom Gerichtshof ausgehende Ersuchen um Zusammenarbeit aufgrund des Artikels 87 Absatz 1 Buchstabe a des Statuts</p> |
|---|---|

tral de coopération avec la Cour pénale internationale de l'Office fédéral de la justice.

Les langues officielles au sens de l'art. 87, par. 2, du Statut sont l'allemand, le français et l'italien.

La Cour peut notifier ses décisions et autres actes de procédure ou documents directement à leur destinataire en Suisse par voie postale. La citation à comparaître devant la Cour en qualité de témoin ou d'expert doit être accompagnée de la disposition du Règlement de procédure et de preuve de la Cour concernant l'auto-incrimination; cette disposition doit être remise à la personne concernée dans une langue qu'elle est à même de comprendre.

Conformément à l'art. 103, par. 1, du Statut, la Suisse déclare être prête à prendre en charge l'exécution des peines privatives de liberté infligées par la Cour à des ressortissants suisses ou à des personnes ayant leur résidence habituelle en Suisse.»

sind an die Zentralstelle für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof beim Bundesamt für Justiz zu übermitteln.

Die Amtssprachen im Sinne des Artikels 87 Absatz 2 des Statuts sind Deutsch, Französisch und Italienisch.

Der Gerichtshof kann Benachrichtigungen über seine Entscheidungen und andere Verfahrensschritte sowie Unterlagen Empfängern in der Schweiz unmittelbar per Post zustellen. Einer Ladung vor den Gerichtshof als Zeuge oder Sachverständiger ist die Bestimmung der Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs über die Selbstbelastung beizufügen; diese Bestimmung ist der Person in einer Sprache zu übergeben, die sie versteht.

Nach Artikel 103 Absatz 1 des Statuts bekundet die Schweiz ihre Bereitschaft zur Vollstreckung von Freiheitsstrafen, zu denen der Gerichtshof schweizerische Staatsangehörige oder Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz verurteilt hat.“

Die Slowakei bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. April 2002:

(Übersetzung)

“Pursuant to Article 87, paragraph 2 of the Statute the Slovak Republic declares that requests from the Court for cooperation and any documents supporting such requests shall be submitted in English which is one of the working languages of the Court along with the translation into Slovak which is the official language of the Slovak Republic.

Pursuant to Article 103, paragraph 1 (b) of the Statute the Slovak Republic declares that it would accept, if necessary, persons sentenced by the Court, if the persons are citizens of the Slovak Republic or have a permanent residence in its territory, for purposes of execution of the sentence of imprisonment and at the same time it will apply the principle of conversion of sentence imposed by the Court.”

„Nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts erklärt die Slowakische Republik, dass Ersuchen des Gerichtshofs um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in Englisch als einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs zusammen mit einer Übersetzung ins Slowakische als der Amtssprache der Slowakischen Republik vorzulegen sind.

Nach Artikel 103 Absatz 1 Buchstabe b des Statuts erklärt die Slowakische Republik, dass sie vom Gerichtshof Verurteilte nötigenfalls zum Zweck der Vollstreckung der Freiheitsstrafe übernehmen würde, wenn diese Staatsangehörige der Slowakischen Republik sind oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, und dass sie gleichzeitig den Grundsatz der Umwandlung der vom Gerichtshof verhängten Strafe anwenden wird.“

Spanien bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. Oktober 2000:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

“In relation to article 87, paragraph 1, of the Statute, the Kingdom of Spain declares that, without prejudice to the fields of competence of the Ministry of Foreign Affairs, the Ministry of Justice shall be the competent authority to transmit requests for cooperation made by the Court or addressed to the Court.

In relation to article 87, paragraph 2, of the Statute, the Kingdom of Spain declares that requests for cooperation addressed to it by the Court and any supporting documents must be in Spanish or accompanied by a translation into Spanish.

(Übersetzung) (Original: Spanish)

„In Bezug auf Artikel 87 Absatz 1 des Statuts erklärt das Königreich Spanien, dass unbeschadet der Zuständigkeitsbereiche des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten das Ministerium der Justiz die zuständige Behörde für die Übermittlung von durch den Gerichtshof gestellten oder an den Gerichtshof gerichteten Ersuchen um Zusammenarbeit ist.

In Bezug auf Artikel 87 Absatz 2 des Statuts erklärt das Königreich Spanien, dass an es gerichtete Ersuchen des Gerichtshofs um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in Spanisch abgefasst oder von einer Über-

Spain declares its willingness to accept at the appropriate time, persons sentenced by the International Criminal Court, provided that the duration of the sentence does not exceed the maximum stipulated for any crime under Spanish law."

setzung ins Spanische begleitet werden müssen.

Spanien bekundet seine Bereitschaft zur Übernahme vom Internationalen Strafgerichtshof Verurteilter zu gegebener Zeit, sofern das Strafmaß die nach spanischem Recht für ein Verbrechen festgelegte Höchstdauer nicht überschreitet."

Ungarn bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. November 2001:

(Übersetzung)

"... the Government of the Republic of Hungary makes the following declaration in relation to Article 87 of the Statute of the International Criminal Court (Rome, 17 July 1998):

„... gibt die Regierung der Republik Ungarn folgende Erklärung zu Artikel 87 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (Rom, 17. Juli 1998) ab:

Requests of the Court for cooperation shall be transmitted to the Government of the Republic of Hungary through diplomatic channel. These requests for cooperation and any documents supporting the request shall be made in English."

Ersuchen des Gerichtshofs um Zusammenarbeit sind der Regierung der Republik Ungarn auf diplomatischem Weg zu übermitteln. Diese Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigelegten Unterlagen sind in Englisch abzufassen."

Uruguay bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Juni 2002:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

«En sa qualité d'État Partie au Statut de Rome, la République orientale de l'Uruguay veillera à l'application dudit Statut en exerçant pleinement les pouvoirs qui appartiennent à l'État en vertu de ses différentes compétences et en respectant strictement l'ordre constitutionnel de la République.

„Als Vertragsstaat des Römischen Statuts wird die Republik Östlich des Uruguay die Anwendung des Statuts sicherstellen, indem sie die Befugnisse, die dem Staat aufgrund seiner verschiedenen Zuständigkeiten zukommen, voll ausübt und die verfassungsmäßige Ordnung streng einhält.

Conformément aux dispositions du chapitre IX du Statut, intitulé «Coopération internationale et assistance judiciaire», le pouvoir exécutif présentera au pouvoir législatif, dans un délai de six mois, un projet de loi visant à l'établissement des procédures d'application du Statut.»

Nach Teil 9 des Statuts mit dem Titel ‚Internationale Zusammenarbeit und Rechtshilfe‘ wird die Exekutive der Legislative binnen sechs Monaten einen Gesetzesentwurf zur Festlegung der Verfahren zur Anwendung des Statuts vorlegen.“

Uruguay am 19. Juli 2002:

(Übersetzung)

(Traduction) (Original: espagnol)

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

«... conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article 87 du Statut de la Cour pénale internationale, le Gouvernement de la République orientale de l'Uruguay souhaite informer le Secrétaire général que les demandes de coopération et les pièces justificatives y afférentes devront être rédigées en espagnol ou être accompagnées d'une traduction dans cette langue.»

„[...] Nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs möchte die Republik Östlich des Uruguay den Generalsekretär davon in Kenntnis setzen, dass Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigelegten Unterlagen in Spanisch abgefasst oder von einer Übersetzung ins Spanische begleitet werden sollen.“

Das Vereinigte Königreich bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. Oktober 2001:

(Übersetzung)

"The United Kingdom understands the term 'the established framework of international law', used in article 8 (2) (b) and (e), to include customary international law as

„Das Vereinigte Königreich versteht den Ausdruck ‚feststehender Rahmen des Völkerrechts‘ in Artikel 8 Absatz 2 Buchstaben b und e so, dass er das durch Staaten-

established by State practice and opinio juris. In that context the United Kingdom confirms and draws to the attention of the Court its views as expressed, inter alia, in its statements made on ratification of relevant instruments of international law, including the Protocol Additional to the Geneva Conventions of 12th August 1949, and relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts (Protocol I) of 8th June 1977¹⁾.

The United Kingdom declares, pursuant to article 87 (2) of the Statute, that requests for co-operation, and any documents supporting the request, must be in the English language."

praxis und gemeinsame Rechtsüberzeugung (opinio juris) etablierte Völkergewohnheitsrecht einschließt. In diesem Zusammenhang bekräftigt das Vereinigte Königreich seine Ansichten, wie es sie unter anderem in seinen bei der Ratifikation einschlägiger völkerrechtlicher Übereinkünfte einschließlich des Zusatzprotokolls vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) abgegebenen Erklärungen zum Ausdruck gebracht hat, und bringt sie dem Gerichtshof zur Kenntnis.

Das Vereinigte Königreich erklärt nach Artikel 87 Absatz 2 des Statuts, dass Ersuchen um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen in englischer Sprache abgefasst sein müssen."

Zypern bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 7. März 2002:

(Übersetzung)

- "1. Pursuant to article 87 (1) of the Rome Statute of the International [Criminal] Court, the Republic of Cyprus declares that requests from the Court may also be transmitted directly to the Ministry of Justice and Public Order.
2. Pursuant to article 87 (2) of the Rome Statute of the International Criminal Court, the Republic of Cyprus declares that requests from the Court for cooperation and any documents supporting them shall be transmitted also in English, which is one of the working languages of the Court."

- „1. Nach Artikel 87 Absatz 1 des Römischen Statuts des Internationalen [Straf]gerichtshofs erklärt die Republik Zypern, dass Ersuchen des Gerichtshofs auch unmittelbar dem Ministerium der Justiz und öffentlichen Ordnung übermittelt werden können.
2. Nach Artikel 87 Absatz 2 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs erklärt die Republik Zypern, dass Ersuchen des Gerichtshofs um Zusammenarbeit und alle zu ihrer Begründung beigefügten Unterlagen auch in Englisch als einer der Arbeitssprachen des Gerichtshofs zu übermitteln sind."

Berlin, den 28. Februar 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

¹⁾ Die Datumsangabe des Zusatzprotokolls lautet richtig: 8. Juni 1977.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens
zum Schutz des archäologischen Erbes und
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
zum Schutz archäologischen Kulturguts**

Vom 4. März 2003

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 9. Oktober 2002 zu dem Europäischen Übereinkommen vom 16. Januar 1992 zum Schutz des archäologischen Erbes (BGBl. 2002 II S. 2709) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 3 für

Deutschland	am	23. Juli 2003
-------------	----	---------------

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunde ist am 22. Januar 2003 beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Andorra	am	27. Dezember 1998
Aserbaidschan	am	29. September 2000
Bulgarien	am	25. Mai 1995
Estland	am	16. Mai 1997
Finnland	am	25. Mai 1995
Frankreich	am	11. Januar 1996
Georgien	am	14. Oktober 2000
Irland	am	19. September 1997
Liechtenstein	am	2. Januar 1997
Litauen	am	8. Juni 2000
Malta	am	25. Mai 1995
Moldau, Republik	am	22. Juni 2002
Norwegen	am	21. März 1996
Polen	am	31. Juli 1996
Portugal	am	6. Februar 1999
Rumänien	am	21. Mai 1998
Schweden	am	12. April 1996
Schweiz	am	28. September 1996
Slowakei	am	1. Mai 2001
Slowenien	am	8. November 1999
Tschechische Republik	am	23. September 2000
Türkei	am	30. Mai 2000
Ungarn	am	25. Mai 1995
Vereinigtes Königreich	am	20. März 2001
für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Jersey und die Insel Man		
Zypern	am	27. Oktober 2000.

II.

Gleichzeitig hat Deutschland dem Generalsekretär des Europarats am 22. Januar 2003 die Kündigung des Europäischen Übereinkommens vom 6. Mai 1969 zum Schutz archäologischen Kulturguts (BGBl. 1974 II S. 1285) notifiziert.

Nach Artikel 13 Abs. 3 des Übereinkommens wird die Kündigung am 23. Juli 2003 wirksam.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 24. Juli 1975 (BGBl. II S. 1145) und 20. Dezember 2000 (BGBl. 2001 II S. 63).

Berlin, den 4. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens zur Regelung des Walfangs
und des dazugehörigen Protokolls**

Vom 6. März 2003

Das Internationale Übereinkommen vom 2. Dezember 1946 zur Regelung des Walfangs und das Protokoll vom 19. November 1956 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 558) sind nach Artikel X Abs. 4 des Übereinkommens und Artikel III des Protokolls für

Island
nach Maßgabe des nachfolgenden Vorbehalts

am 10. Oktober 2002

erneut in Kraft getreten:

(Übersetzung)

“Notwithstanding this, the Government of Iceland will not authorize whaling for commercial purposes by Icelandic vessels before 2006 and, thereafter, will not authorize such whaling while progress is being made in negotiations within the International Whaling Commission on the Revised Management Scheme. This does not apply, however, in case of the so-called moratorium on whaling for commercial purposes, contained in paragraph 10(e) of the Schedule, not being lifted within reasonable time after the completion of the Revised Management Scheme. Under no circumstances will whaling for commercial purposes be authorized in Iceland without sound scientific basis and effective management and enforcement scheme.

„Dessen ungeachtet wird die Regierung von Island den Walfang zu kommerziellen Zwecken durch isländische Schiffe nicht vor 2006 zulassen; danach wird sie einen solchen Walfang nicht zulassen, solange in den Verhandlungen der Internationalen Walfangkommission (IWC) über das Überarbeitete Bewirtschaftungssystem Fortschritte erzielt werden. Dies gilt jedoch nicht, falls das in Absatz 10 Buchstabe e der Anlage aufgeführte so genannte Moratorium für den Walfang zu kommerziellen Zwecken nicht binnen einer angemessenen Frist nach Fertigstellung des Überarbeiteten Bewirtschaftungssystems aufgehoben wird. Ohne solide wissenschaftliche Grundlage und ohne ein wirksames System der Bewirtschaftung und Durchsetzung wird der Walfang zu kommerziellen Zwecken in Island unter keinen Umständen zugelassen werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Dezember 1998 (BGBl. 1999 II S. 48).

Berlin, den 6. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 21. Juni 1961 zur Änderung
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt
(Artikel 50 Abs. a)**

Vom 12. März 2003

Das Protokoll vom 21. Juni 1961 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1962 II S. 884) ist nach seinem drittletzten Absatz für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

St. Kitts und Nevis	am 20. Juni 2002
Tonga	am 5. Februar 2002
Ukraine	am 21. Januar 2003.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. August 2001 (BGBl. II S. 965).

Berlin, den 12. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
der Änderung des Anhangs
zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping**

Vom 21. März 2003

Die Beobachtende Begleitgruppe zum Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping (BGBl. 1994 II S. 334) hat die Änderung des Anhangs des Übereinkommens beschlossen. Die Änderung ist am 1. Januar 2003 in Kraft getreten und wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Januar 2002 (BGBl. II S. 128).

Berlin, den 21. März 2003

Bundesministerium des Innern
Im Auftrag
Schneider

Anti-Doping Convention (T-DO) Amendment to the Appendix of the Convention

Reference list of prohibited classes of substances and prohibited methods 2003

adopted by the Monitoring Group by mail vote procedure

Date of entry into force: 1 January 2003

I. Prohibited classes of substances

A. Stimulants

- a. Prohibited substances in class A.a include the following examples with both their L- and D-isomers

amiphenazole,
amphetamines,
bromantan,
caffeine*),
carphedon,
cocaine,
ephedrine**),
fencamfamin,
mesocarb,
pentetrazol,
pipradrol,
... and related substances.

Note: All imidazole preparations are acceptable for topical use. Vasoconstrictors may be administered with local anaesthetic agents. Topical preparations (e.g. nasal, ophthalmological, rectal) of adrenaline are permitted. Bupropion, synephrine and phenylephrine are permitted.

- b. Prohibited substances in class A.b include the following examples with both their L- and D-isomers

formoterol***),
salbutamol***),
salmeterol***),
and terbutaline***),
... and related substances

B. Narcotics

Prohibited substances in class (B) include the following examples:

buprenorphine,

dextromoramide,
diamorphine (heroin),
methadone,
morphine,
pentazocine,
pethidine,

... and related substances.

Note: codeine, dextromethorphan, dextropropoxyphene, dihydrocodeine, diphenoxylate, ethylmorphine, pholcodine, propoxyphene and tramadol are permitted.

C. Anabolic agents

Prohibited substances in class (C) include the following examples:

1. Anabolic androgenic steroids

a. clostebol,
fluoxymesterone,
metandienone,
metenolone,
nandrolone,
19-norandrostenediol,
19-norandrostenedione,
oxandrolone,
stanozolol,
... and related substances.

b. androstenediol,
androstenedione,
dehydroepiandrosterone (DHEA),
dihydrotestosterone,
testosterone****),
... and related substances.

Evidence obtained from metabolic profiles and/or isotopic ratio measurements may be used to draw definitive conclusions.

*) For caffeine the definition of a positive is a concentration in urine greater than 12 micrograms per millilitre.

**) For ephedrine and methylephedrine, the definition of a positive is a concentration in urine greater than 10 micrograms per millilitre. For cathine, the definition of a positive is a concentration in urine greater than 5 micrograms per millilitre. For phenylpropanolamine and pseudoephedrine, the definition of a positive is a concentration in urine greater than 25 micrograms per millilitre.

***) permitted by inhaler only to prevent and/or treat asthma and exercise-induced asthma. Written notification by a respiratory or team physician that the athlete has asthma and/or exercise-induced asthma is necessary to the relevant medical authority prior to competition. At the Olympic Games, athletes who request permission to inhale a permitted beta-2 agonist, will be assessed by an independent medical panel.

****) The presence of a testosterone (T) to epitestosterone (E) ratio greater than six (6) to one (1) in the urine of a competitor constitutes an offence unless there is evidence that this ratio is due to a physiological or pathological condition, e.g. low epitestosterone excretion, androgen producing tumour, enzyme deficiencies.

In the case of T/E greater than 6, it is mandatory that the relevant medical authority conducts an investigation before the sample is declared positive. A full report will be written and will include a review of previous tests, subsequent tests and any results of endocrine investigations. In the event that previous tests are not available, the athlete should be tested unannounced at least once per month for three months. The results of these investigations should be included in the report.

Failure to co-operate in the investigations will result in declaring the sample positive.

2. Other anabolic agents

clenbuterol,
salbutamol*)

D. Diuretics

Prohibited substances in class (D) include the following examples:

acetazolamide,
bumetanide,
chlortalidone,
etacrynic acid,
furosemide,
hydrochlorothiazide,
mannitol**),
mersalyl,
spironolactone,
triamterene,
... and related substances.

E. Peptide hormones, mimetics and analogues

Prohibited substances in class (E) include the following examples and their analogues and mimetics:

1. Chorionic Gonadotrophin (hCG) prohibited in males only;
2. Pituitary and synthetic gonadotrophins (LH) prohibited in males only;
3. Corticotrophins (ACTH, tetracosactide);
4. Growth hormone (hGH);
5. Insulin-like Growth Factor (IGF-1);
and all the respective releasing factors and their analogues;
6. Erythropoietin (EPO);
7. Insulin***)

The presence of an abnormal concentration of an endogenous hormone in class (E) or its diagnostic marker(s) in the urine of a competitor constitutes an offence unless it has been proven to be due to a physiological or pathological condition.

F. Agents with anti-oestrogenic activity

Aromatase inhibitors, clomiphene, cyclofenil, tamoxifen are prohibited only in males.

G. Masking agents

Prohibited substances in class (G) include the following examples:

*) For salbutamol, a concentration in urine greater than 1000 nanograms per millilitre of non-sulphated salbutamol constitutes a doping violation.

**) Prohibited by intravenous injection.

***) permitted only to treat athletes with certified insulin-dependent diabetes.

The term 'insulin-dependent' is used here to describe people with diabetes in whom insulin treatment is required, in the judgement of a suitably qualified physician. It will always be the case in Type 1 and sometimes in Type 2 diabetes mellitus.

Written certification of insulin-dependent diabetes must be obtained from an endocrinologist or team physician.

diuretics,
epitestosterone****),
probenecid,
plasma expanders (e.g. hydroxyethyl starch)

Masking agents are prohibited. They are products that have the potential to impair the excretion of prohibited substances or to conceal their presence in urine or other samples used in doping control.

II. Prohibited methods

The following procedures are prohibited:

A. Enhancement of oxygen transfer

- a. Blood doping. Blood doping is the administration of autologous, homologous or heterologous blood or red blood cell products of any origin, other than for legitimate medical treatment.
- b. The administration of products that enhance the uptake, transport or delivery of oxygen, e.g. modified haemoglobin products including but not limited to bovine and cross-linked haemoglobins, microencapsulated haemoglobin products, perfluorochemicals, and RSR13.

B. Pharmacological, chemical and physical manipulation

Pharmacological, chemical and physical manipulation is the use of substances and methods, including masking agents (ref I. G), which alter, attempt to alter or may reasonably be expected to alter the integrity and validity of specimens collected in doping controls. These include, without limitation, catheterisation, urine substitution and/or tampering, inhibition of renal excretion and alterations of testosterone and epitestosterone (ref I. G) measurements.

C. Gene doping

Gene or cell doping is defined as the non-therapeutic use of genes, genetic elements and/or cells that have the capacity to enhance athletic performance.

III. Classes of prohibited substances in certain sports

A. Alcohol

Where the rules of the governing body so provide, tests will be conducted for ethanol.

B. Cannabinoids

Where the rules of the governing body so provide, tests will be conducted for cannabinoids (e.g. Marijuana, Hashish). At the Olympic Games, tests will be conducted for cannabinoids. A concentration in urine of 11-nor- Δ^9 -tetrahydrocannabinol-9-carboxylic acid (carboxy-THC) greater than 15 nanograms per millilitre constitutes doping.

C. Local anaesthetics

Injectable local anaesthetics are permitted under the following conditions:

- a. bupivacaine, lidocaine, mepivacaine, procaine and related substances, can be used but not cocaine. Vasocon

****) The presence of a urinary concentration of epitestosterone greater than 200 ng/mL constitutes an anti-doping violation unless there is evidence that it is due to a physiological condition. Isotopic ratio mass spectrometry (IRMS) may be used to draw definitive conclusions. If the results of the IRMS are inconclusive, the relevant medical authority shall conduct an investigation before the sample is declared positive.

strictor agents may be used in conjunction with local anaesthetics;

- b. only local or intra-articular injections may be administered;
- c. only when medically justified.

Where the rules of the governing body so provide, notification of administration may be necessary.

D. Glucocorticosteroids

The systemic use of glucocorticosteroids is prohibited when administered orally, rectally, or by intravenous or intramuscular injection.

When medically necessary, local and intra-articular injections of glucocorticosteroids are permitted.

Where the rules of the governing body so provide, notification of administration may be necessary.

E. Beta-blockers

Prohibited substances in class (E) include the following examples:

acebutolol,
alprenolol,
atenolol,
labetalol,
metoprolol,
nadolol,
oxprenolol,
propranolol,
sotalol,

... and related substances.

Where the rules of the governing body so provide, tests will be conducted for betablockers.

IV. Summary of urinary concentrations above which a doping violation has occurred

Caffeine	> 12 micrograms/millilitre
carboxy-THC	> 15 nanograms/millilitre
cathine	> 5 micrograms/millilitre
ephedrine	> 10 micrograms/millilitre
epitestosterone*)	> 200 nanograms/millilitre
methylephedrine	> 10 micrograms/millilitre
morphine	> 1 microgram/millilitre
19-norandrosterone	> 2 nanograms/millilitre in males
19-norandrosterone	> 5 nanograms/millilitre in females
phenylpropanolamine	> 25 micrograms/millilitre
pseudoephedrine	> 25 micrograms/millilitre
salbutamol (as anabolic agent)	> 1000 nanograms/millilitre
T/E ratio*)	> 6

*) referred to I.C.b and I.G.

V. Substances and methods prohibited out of competition

I.C. Anabolic Agents

I.D. Diuretics

I.E. Peptide Hormones, Mimetics and Analogues

I.F. Agents with Anti-Oestrogenic Activity

I.G. Masking Agents

II. Prohibited Methods

List of examples of prohibited substances and prohibited methods

Caution: This is not an exhaustive list of prohibited substances. Many substances that do not appear on this list are considered prohibited under the term "and related substances". Athletes must ensure that any medicine, supplement, over-the-counter preparation or any other substance they use does not contain any Prohibited Substance.

Stimulants:

amfepramone, amiphenazole, amphetamine, bambuterol, bromantan, caffeine, carphedon, cathine, clobenzorex, cocaine, cropropamide, crothetamide, ephedrine, etamivan, etilamphetamine, etilefrine, fencamfamin, fenetylline, fenfluramine, fenproporex, formoterol, heptaminol, mefenorex, mephentermine, mesocarb, methamphetamine, methoxyphenamine, methylenedioxyamphetamine, methylenedioxymethamphetamine, methyl-ephedrine, methylphenidate, nikethamide, norfenfluramine, parahydroxyamphetamine, pemoline, pentetrazol, phendimetrazine, phentermine, phenmetrazine, phenylpropanolamine, pholedrine, pipradrol, prolintane, propylhexedrine, pseudoephedrine, reproterol, salbutamol, salmeterol, selegiline, strychnine, terbutaline.

Narcotics:

buprenorphine, dextromoramide, diamorphine (heroin), hydrocodone, methadone, morphine, pentazocine, pethidine.

Anabolic agents:

androstenediol, androstenedione, bambuterol, bolasterone, boldenone, clenbuterol, clostebol, danazol, dehydrochlormethyltestosterone, dehydroepiandrosterone (DHEA), dihydrotestosterone, drostanolone, fenoterol, fluoxymesterone, formebolone,

formoterol, gestrinone, mesterolone, metandienone, metenolone, methandriol, methyltestosterone, mibolerone, nandrolone, 19-norandrostenediol, 19-norandrostenedione, norbolethone, norethandrolone, oxandrolone, oxymesterone, oxymetholone, reproterol, salbutamol, salmeterol, stanozolol, terbutaline, testosterone, trenbolone.

Diuretics:

amiloride, acetazolamide, bendroflumethiazide, bumetanide, canrenone, chlortalidone, ethacrynic acid, furosemide, hydrochlorothiazide, indapamide, mannitol (by intravenous injection), mersalyl, spironolactone, triamterene.

Masking agents:

diuretics (see above), epitestosterone, probenecid, hydroxy ethyl starch.

Peptide hormones, mimetics and analogues:

ACTH, erythropoietin (EPO), hCG*), hGH, insulin, LH*), IGF-1.

Substances with anti-oestrogenic activity:

clomiphene*), cyclofenil*), tamoxifen*).

Beta Blockers:

acebutolol, alprenolol, atenolol, betaxolol, bisoprolol, bunolol, carteolol, carvedilol, celiprolol, esmolol, labetalol, levobunolol, metipranolol, metoprolol, nadolol, oxprenolol, pindolol, propranolol, sotalol, timolol.

*) Prohibited in males only

Convention contre le dopage (T-DO) Amendement à l'annexe de la Convention

Liste de référence des classes de substances interdites et méthodes interdites 2003

adopté par le Groupe de suivi par procédure de vote par correspondance

Date d'entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003

I. Classes de substances interdites

A. Stimulants

- a. Les substances interdites appartenant à la classe A.a comprennent les exemples suivants ainsi que leurs isomères L et D:

amphénazole,
amphétamines,
bromantan,
caféine*),
carphédon,
cocaïne,
éphédrines**),
fencamfamine,
mésocarbe,
pentétrazol,
pipradol,
... et substances apparentées.

Note: Toutes les préparations d'imidazole sont acceptables en application locale. Des vasoconstricteurs pourront être administrés avec des agents anesthésiques locaux. Les préparations à usage local (par exemple par voie nasale, ophtalmologique, rectale) d'adrénaline sont autorisées. Le bupropion, la synéphrine et la phényléphrine sont autorisés.

- b. Les substances interdites appartenant à la classe A.b comprennent les exemples suivants ainsi que leurs isomères L et D:

formotérol***),
salbutamol***),
salmétérol***),
et terbutaline***)
et substances apparentées.

B. Narcotiques

Les substances interdites appartenant à la classe (B) comprennent les exemples suivants:

*) Pour la caféine, une concentration dans l'urine supérieure à 12 microgrammes par millilitre sera considérée comme un résultat positif.

**) Pour l'éphédrine et la méthyléphédrine, une concentration dans l'urine supérieure à 10 microgrammes par millilitre sera considérée comme un résultat positif. Pour la cathine, une concentration dans l'urine supérieure à 5 microgrammes par millilitre sera considérée comme un résultat positif. Pour la phénylpropanolamine et la pseudoéphédrine, une concentration dans l'urine supérieure à 25 microgrammes par millilitre sera considérée comme un résultat positif.

***) substance autorisée par inhalation uniquement pour prévenir et/ou traiter l'asthme et l'asthme d'effort. Une notification écrite établie par un pneumologue ou un médecin d'équipe attestant que l'athlète souffre d'asthme et/ou d'asthme d'effort doit être communiquée à l'autorité médicale compétente avant la compétition. Aux Jeux Olympiques, les cas d'athlètes demandant l'autorisation d'utiliser un bêta 2 agoniste par inhalation seront évalués par un groupe d'experts indépendant.

buprénorphine,
dextromoramide,
diamorphine (héroïne),
méthadone,
morphine,
pentazocine,
péthidine,
... et substances apparentées.

Note: La codéine, le dextrométhorphan, le dextropropoxyphène, la dihydrocodéine, le diphenoxylate, l'éthylmorphine, la pholcodine, le propoxyphène et le tramadol sont autorisés.

C. Agents anabolisants

Les substances interdites appartenant à la classe (C) comprennent les exemples suivants:

1. Stéroïdes anabolisants androgènes

a. clostébol,
fluoxymestérone,
métandiène,
méténolone,
nandrolone,
19-norandrosténédol,
19-norandrostènedione,
oxandrolone,
stanozolol,
... et substances apparentées.

b. androstènedol,
androstènedione,
déhydroépiandrostérone (DHEA),
dihydrotestostérone,
testostérone****),
... et substances apparentées.

Les preuves obtenues à partir des profils métaboliques et/ou des mesures du rapport isotopique pourront être utilisées afin de tirer des conclusions définitives.

****) La présence d'un rapport de testostérone (T)-épitestostérone (E) supérieur à six (6) dans l'urine d'un concurrent constitue une infraction à moins qu'il ne soit établi que ce rapport est dû à un état physiologique ou pathologique, p.ex. faible excrétion d'épitestostérone, production androgène d'une tumeur ou déficiences enzymatiques.

Dans le cas d'un rapport T/E supérieur à 6, il est obligatoire d'effectuer un examen sous la direction de l'autorité médicale compétente avant que l'échantillon ne soit déclaré positif. Un rapport complet sera rédigé; il comprendra une étude des tests précédents et ultérieurs ainsi que les résultats des tests endocriniens. Si les tests précédents ne sont pas disponibles, l'athlète devra subir un contrôle sans annonce préalable au moins une fois par mois durant trois mois. Les résultats de ces examens devront être inclus dans le rapport. A défaut de collaboration de la part de l'athlète, l'échantillon sera déclaré positif.

2. Autres agents anabolisants

clenbutérol,
salbutamol*)

D. Diurétiques

Les substances interdites appartenant à la classe (D) comprennent les exemples suivants:

acétazolamide,
acide étacrynique,
bumétanide,
chlortalidone,
furosémide,
hydrochlorothiazide,
mannitol**),
mersalyl,
spironolactone,
triamtèrene,
... et substances apparentées.

E. Hormones peptidiques, substances mimétiques et analogues

Les substances interdites appartenant à la classe (E) comprennent les substances suivantes et leurs analogues ainsi que les substances mimétiques:

1. Gonadotrophine chorionique (hCG) chez les hommes uniquement;
2. Gonadotrophines hypophysaires et synthétiques chez les hommes uniquement;
3. Corticotrophines (ACTH, tétracosactide);
4. Hormone de croissance (hGH);
5. Facteur de croissance analogue à l'insuline (IGF-1); et tous leurs facteurs de libération respectifs ainsi que leurs analogues;
6. Erythropoïétine (EPO);
7. Insuline***)

La présence dans les urines d'une concentration anormale d'une hormone endogène appartenant à la classe (E) ou de son(s) marqueur(s) diagnostique(s) constitue une infraction à moins qu'il ne soit prouvé qu'elle est due à un état physiologique ou pathologique.

F. Agents ayant une action anti-oestrogène

Les inhibiteurs de l'aromatase, le clomiphène, le cyclofénil, le tamoxifène sont interdits uniquement chez les hommes.

G. Agents masquants

Les substances interdites de la classe (G) comprennent les exemples suivants:

*) Pour le salbutamol, une concentration urinaire de salbutamol non sulfaté supérieure à 1000 nanogrammes par millilitre constitue une infraction.

**) Substance interdite si injectée par voie intraveineuse.

***) autorisée uniquement pour traiter les athlètes souffrant de diabète insulino-dépendant déclaré. Le terme «insulino-dépendant» est utilisé ici pour décrire les personnes souffrant de diabète nécessitant un traitement par l'insuline, de l'avis d'un médecin dûment qualifié. Ce sera toujours le cas dans les diabètes de type 1 et parfois dans les diabètes sucrés de type 2.

Une notification écrite des cas de diabète insulino-dépendant doit être obtenue auprès d'un endocrinologue ou d'un médecin d'équipe.

diurétiques,
épitestostérone****),
probénécide,

succédanés de plasma (tels que l'hydroxyéthylstarch)

Les agents masquants sont interdits. Ce sont des produits qui ont la capacité d'entraver l'excrétion de substances interdites ou de dissimuler leur présence dans les urines ou autres prélèvements utilisés dans le contrôle de dopage.

II. Méthodes interdites

Les méthodes suivantes sont interdites:

A. Augmentation du transfert d'oxygène

- a. Dopage sanguin: c'est l'administration de sang autologue, homologue ou hétérologue, ou de produits à base de globules rouges de toute origine, autrement qu'à des fins thérapeutiques légitimes.
- b. L'administration de produits qui augmentent la captation, le transport ou la libération d'oxygène, tels que les produits à base d'hémoglobine modifiée comprenant de manière non exhaustive les hémoglobines bovines et réticulées, les produits à base d'hémoglobine microencapsulée, les perfluorocarbones et le RSR 13.

B. Manipulation pharmacologique, chimique et physique

La manipulation pharmacologique, chimique et physique est l'usage de substances et de méthodes, agents masquants compris (voir I.G.), qui modifient, tentent de modifier ou risquent raisonnablement de modifier l'intégrité et la validité des échantillons d'urine utilisés dans les contrôles de dopage, telles, à titre non exhaustif, la cathétérisation, la substitution et/ou l'altération des urines, l'inhibition de l'excrétion rénale et la modification des mesures effectuées sur la testostérone et l'épitestostérone (voir I.G.).

C. Dopage génétique

Le dopage génique ou génétique est défini comme étant l'usage non thérapeutique de gènes, d'éléments génétiques et/ou de cellules qui ont la capacité d'augmenter la performance sportive.

III. Classes de substances interdites dans certains sports

A. Alcool

Lorsque le règlement de l'organe dirigeant le prévoit, des tests seront effectués pour l'éthanol.

B. Cannabinoïdes

Lorsque le règlement de l'organe dirigeant le prévoit, des tests seront effectués pour les cannabinoïdes (tels que la marijuana et le haschich). Aux Jeux Olympiques, des tests seront effectués pour les cannabinoïdes. Une concentration dans l'urine de 11-nor-delta-9-tétrahydrocannabinol-9-acide carboxylique (carboxy-THC) supérieure à 15 nanogrammes par millilitre constitue un cas de dopage.

****) La présence d'une concentration d'épitestostérone supérieure à 200 ng/mL dans les urines constitue une infraction à moins qu'il ne soit établi qu'elle est due à un état physiologique. La spectrométrie de masse à rapport isotopique (IRMS) pourra être utilisée pour tirer des conclusions définitives. Si les résultats de l'IRMS ne sont pas concluants, l'autorité médicale compétente mènera une enquête avant que l'échantillon ne soit déclaré positif.

C. Anesthésiques locaux

Les anesthésiques locaux injectables sont autorisés aux conditions suivantes:

- a) la bupivacaïne, la lidocaïne, la mépivacaïne, la procaine et les substances apparentées peuvent être utilisées mais pas la cocaïne. Des agents vasoconstricteurs pourront être utilisés en conjonction avec des anesthésiques locaux;
- b) seules des injections locales ou intra-articulaires pourront être pratiquées;
- c) uniquement lorsque l'administration est médicalement justifiée.

Lorsque le règlement de l'organe dirigeant le prévoit, il pourra s'avérer nécessaire de notifier l'administration des anesthésiques locaux.

D. Glucocorticostéroïdes

L'utilisation systémique des glucocorticostéroïdes est interdite lorsque ces derniers sont administrés par voie orale ou rectale ou par injection intraveineuse ou intramusculaire.

Si nécessaire du point de vue médical, les injections locales et intra-articulaires de glucocorticostéroïdes sont autorisées.

Lorsque le règlement de l'organe dirigeant le prévoit, il pourra s'avérer nécessaire de notifier l'administration des glucocorticostéroïdes.

E. Bêta-bloquants

Les substances interdites appartenant à la classe (E) comprennent les exemples suivants:

acébutolol,
alprénolol,
aténolol,
labétalol,
métoprolol,
nadolol,
oxprénolol,
propranolol,
sotalol,
... et substances apparentées.

Lorsque le règlement de l'organe dirigeant le prévoit, des tests seront effectués pour les bêta-bloquants.

IV. Tableau récapitulatif des concentrations urinaires au-dessus desquelles il y a infraction

Caféine	> 12 microgrammes/millilitre
Carboxy-THC	> 15 nanogrammes/millilitre
Cathine	> 5 microgrammes/millilitre
Ephédrine	> 10 microgrammes/millilitre
Epitestostérone	> 200 nanogrammes/millilitre
Méthyléphédrine	> 10 microgrammes/millilitre
Morphine	> 1 microgramme/millilitre
19-norandrostérone	> 2 nanogrammes/millilitre chez les hommes
19-norandrostérone	> 5 nanogrammes/millilitre chez les femmes
Phénylpropanolamine	> 25 microgrammes/millilitre
Pseudoéphédrine	> 25 microgrammes/millilitre
Salbutamol (comme agent anabolisant)	> 1000 nanogrammes/millilitre
Rapport T/E*)	> 6

*) mentionné aux points I.C.b et I.G.

V. Substances et méthodes interdites en dehors des compétitions

I.C. Agents anabolisants

I.D. Diurétiques

I.E. Hormones peptidiques, mimétiques et analogues

I.F. Agents ayant une action anti-oestrogène

I.G. Agents masquants

II. Méthodes interdites

Liste d'exemples de substances et méthodes interdites

Attention: Il ne s'agit pas d'une liste exhaustive des substances interdites. De nombreuses substances qui ne sont pas répertoriées dans cette liste sont considérées comme interdites sous l'appellation «substances apparentées». Les athlètes doivent s'assurer que tout médicament, supplément, préparation en vente libre ou toute autre substance qu'ils utilisent ne contient aucune substance interdite.

Stimulants:

amfépramone, amiphenazole, amphétamine, bambutérol, bromantan, caféine, carphédon, cathine, clobenzorex, cocaïne, cropropamide, crotétamide, éphédrine, étamivan, étilamphétamine, étiléfrine, fencamfamine, fénétylline, fenfluramine, fenproporex, formotérol, heptaminol, méfénorex, méphentermine, mésocarbe, méthamphétamine, méthoxyphénamine, méthylènedioxyamphétamine, méthylènedioxyamphétamine, méthyléphédrine, méthylphénidate, nicéthamide, norfenfluramine, parahydroxyamphétamine, pémoline, pentétrizol, phendimétrazine, phenmétrazine, phentermine, phénylpropanolamine, pholédrine, pipradol, prolintane, propylhexédrine, pseudoéphédrine, reprotérol, salbutamol, salmétérol, sélégiline, strychnine, terbutaline.

Narcotiques:

buprénorphine, dextromoramide, diamorphine (héroïne), hydrocodone, méthadone, morphine, pentazocine, péthidine.

Agents anabolisants:

androstènediol, androstènedione, bambutérol, bolastérone, boldénone, clenbutérol, clostébol, danazol, déhydrochlorméthyltestostérone, déhydroépiandrosterone (DHEA), dihydrotesto-

stérone, drostanolone, fénotérol, fluoxymestérone, formébolone, formotérol, gestrinone, mestérolone, métandiène, méténolone, méthandriol, méthyltestostérone, mibolérone, nandrolone, 19-norandrostènediol, 19-norandrostènedione, norboléthane, noréthandrolone, oxandrolone, oxymestérone, oxymétholone, reprotérol, salbutamol, salmétérol, stanozolol, terbutaline, testostérone, trenbolone.

Diurétiques:

amiloride, acétazolamide, acide éacrynique, bendrofluméthiazide, bumétanide, canrénone, chlortalidone, furosémide, hydrochlorothiazide, indapamide, mannitol (par injection intraveineuse), mersalyl, spironolactone, triamterène.

Agents masquants:

diurétiques (voir ci-dessus), épitestostérone, probénécide, hydroxyéthylamidon.

Hormones peptidiques, substances mimétiques et analogues:

ACTH, érythropoïétine (EPO), hCG*), hGH, insuline, LH*), IGF-1

Substances ayant une action anti-oestrogène:

clomiphène*), cyclofénil*), tamoxifène*)

Bêta-bloquants:

acébutolol, alprénolol, aténolol, bétaxolol, bisoprolol, bunolol, cartéolol, carvedilol, céliprolol, esmolol, labétalol, lévobunolol, métipranolol, métoprolol, nadolol, oxprénolol, pindolol, propranolol, sotalol, timolol.

*) Substances interdites chez les hommes uniquement.

Übereinkommen gegen Doping

Änderung des Anhangs des Übereinkommens

Bezugsliste der Gruppen verbotener Wirkstoffe und verbotenen Methoden

beschlossen von der Beobachtenden Begleitgruppe durch briefliche Abstimmung

Datum des Inkrafttretens: 1. Januar 2003

(Übersetzung)

I. Gruppen verbotener Wirkstoffe

A. Stimulanzien

- a. Verbotene Wirkstoffe der Gruppe A.a schließen folgende Beispiele mit ihren L- und D-Isomeren ein:

Amiphenazol,
Amphetamine,
Bromantan,
Carphedon,
Cocain,
Coffein*),
Ephedrine**),
Fencamfamin,
Mesocarb,
Pentetrazol,
Pipradol
und verwandte Wirkstoffe.

Anmerkung: Für die örtliche Anwendung sind alle Imidazol-Präparate zulässig. Vasokonstringenzen dürfen zusammen mit Lokalanästhetika verabreicht werden. Örtlich wirkende Adrenalin-Präparate (zum Beispiel für Nase, Augen oder rektale Anwendung) sind zugelassen. Bupropion, Synephrin und Phenylephrin sind zugelassen.

- b. Verbotene Wirkstoffe der Gruppe A.b schließen folgende Beispiele mit ihren L- und D-Isomeren ein:

Formoterol***),
Salbutamol***),
Salmeterol***),
Terbutalin***)
und verwandte Wirkstoffe.

B. Narkotika

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe B schließen folgende Beispiele ein:

Buprenorphin,
Dextromoramid,

Diamorphin (Heroin),

Methadon,

Morphin,

Pentazocin,

Pethidin

und verwandte Wirkstoffe.

Anmerkung: Codein, Dextromethorphan, Dextropropoxyphen, Dihydrocodein, Diphenoxylat, Ethylmorphin, Pholcodin, Propoxyphen und Tramadol sind zugelassen.

C. Anabole Wirkstoffe

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe C schließen folgende Beispiele ein:

1. Anabol-androgene Steroide

a. Clostebol,

Fluoxymesteron,

Metandienon,

Metenolon,

Nandrolon,

19-Norandrostendiol,

19-Norandrostendion,

Oxandrolon,

Stanozolol

und verwandte Wirkstoffe.

b. Androstendiol,

Androstendion,

Dehydroepiandrosteron (DHEA),

Dihydrotestosteron,

Testosteron****)
und verwandte Wirkstoffe.

Hinweise, die durch Stoffwechseldaten und/oder Messungen des Isotopenverhältnisses erhalten wurden, können für die endgültige Entscheidung herangezogen werden.

*) Bei Coffein ist die Definition einer Positivprobe mehr als 12 Mikrogramm/ml Urin.

**) Bei Ephedrin und Methylephedrin ist die Definition einer Positivprobe mehr als 10 Mikrogramm/ml Urin. Bei Cathin ist die Definition einer Positivprobe mehr als 5 Mikrogramm/ml Urin. Bei Phenylpropanolamin und Pseudoephedrin ist die Definition einer Positivprobe mehr als 25 Mikrogramm/ml Urin.

***)) Die Anwendung durch Inhalation ist nur zur Vorbeugung und/oder Behandlung von Asthma und anstrengungsbedingtem Asthma zugelassen. Ein Lungenfacharzt oder Mannschaftsarzt muss der zuständigen medizinischen Stelle vor dem Wettkampf schriftlich mitteilen, dass der Sportler/die Sportlerin unter Asthma und/oder anstrengungsbedingtem Asthma leidet.

Bei Olympischen Spielen werden die Sportler/Sportlerinnen, die um Erlaubnis zur Inhalation von zugelassenen Beta-2-Agonisten ersuchen, von einem unabhängigen medizinischen Gremium begutachtet.

****) Ist das Verhältnis der Konzentration von Testosteron (T) zu Epitestosteron (E) im Urin eines Teilnehmers/einer Teilnehmerin an einem Wettkampf größer als sechs zu eins (6:1), so stellt dies einen Verstoß dar, es sei denn, dieses Verhältnis beruht nachweislich auf einem physiologischen oder pathologischen Zustand, zum Beispiel einer geringen Epitestosteronausscheidung, einem Androgene produzierenden Tumor oder Enzymmangel.

Ist das Verhältnis der Konzentration von Testosteron (T) zu Epitestosteron (E) größer als 6, so muss die zuständige medizinische Stelle eine Untersuchung durchführen, bevor die Probe für positiv erklärt wird. Ein umfassender Bericht ist zu erstellen, der eine Bewertung früherer Tests, nachfolgender Tests und alle Ergebnisse endokriner Untersuchungen enthält. Sind frühere Tests nicht verfügbar, so soll der Sportler/die Sportlerin ohne Vorankündigung über einen Zeitraum von drei Monaten mindestens einmal pro Monat untersucht werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen in dem Bericht enthalten sein. Mangelnde Mitarbeit bei den Untersuchungen führt dazu, dass die Probe für positiv erklärt wird.

2. Andere anabole Wirkstoffe

Clenbuterol,
Salbutamol^{*)}).

D. Diuretika

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe D schließen folgende Beispiele ein:

Acetazolamid,
Bumetanid,
Chlortalidon,
Etacrynsäure,
Furosemid,
Hydrochlorothiazid,
Mannitol^{**}),
Mersalyl,
Spironolacton,
Triamteren
und verwandte Wirkstoffe.

E. Peptidhormone, Mimetika und entsprechende Wirkstoffe

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe E schließen folgende Beispiele und ihre entsprechenden Wirkstoffe sowie Mimetika ein:

1. Choriongonadotropin (hCG), verboten nur bei männlichen Sportlern;
2. Hypophysäre und synthetische Gonadotropine (LH), verboten nur bei männlichen Sportlern;
3. Corticotropine (ACTH, Tetracosactid);
4. Wachstumshormon (hGH);
5. Somatomedin C (IGF-I) und alle den genannten Stoffen entsprechenden Releasingfaktoren sowie ihre analogen Faktoren;
6. Erythropoietin (EPO);
7. Insulin^{***}).

Weicht die Konzentration eines endogenen Hormons in der Gruppe E oder seiner diagnostischen Bestimmungsgröße(n) im Urin eines Wettkämpfers/einer Wettkämpferin von der Norm ab, so stellt dies einen Verstoß dar, es sei denn, es wurde nachgewiesen, dass diese Konzentration auf einem physiologischen oder pathologischen Zustand beruht.

F. Wirkstoffe mit antiöstrogener Wirkung

Aromatasehemmer, Clomiphen, Cyclofenil und Tamoxifen sind nur bei männlichen Sportlern verboten.

G. Maskierungsmittel

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe G schließen folgende Beispiele ein:

^{*)} Bei Salbutamol stellt eine Konzentration von mehr als 1000 Nanogramm nicht sulphatiertem Salbutamol/ml Urin einen Dopingverstoß dar.

^{**}) Verabreichung durch intravenöse Injektion verboten.

^{***}) Zugelassen nur zur Behandlung von Sportlerinnen und Sportlern mit attestiertem insulinabhängigem Diabetes.

Der Begriff „insulinabhängig“ wird hier benutzt zur Beschreibung von Diabetikern, bei denen eine Behandlung mit Insulin nach dem Urteil eines entsprechend qualifizierten Arztes erforderlich ist. Dies ist immer der Fall beim Diabetes mellitus Typ I und manchmal beim Diabetes mellitus Typ II.

Das schriftliche Attest über den insulinabhängigen Diabetes muss von einem Endokrinologen oder Mannschaftsarzt ausgestellt worden sein.

Diuretika,

Epitestosteron^{****}),

Probenecid,

Plasmaexpander (z. B. Hydroxyäthylstärke).

Maskierungsmittel sind verboten. Es handelt sich um Produkte, welche die Fähigkeit haben, die Ausscheidung verbotener Substanzen zu behindern oder ihre Anwesenheit im Urin oder anderen Proben, die in der Dopingkontrolle benutzt werden, zu verdecken.

II. Verbotene Methoden

Folgende Verfahren sind verboten:

A. Erhöhung des Sauerstofftransfers

- a. Blutdoping: Der Begriff „Blutdoping“ bezeichnet die Verabreichung von eigenem, homologem oder heterologem Blut oder Produkten aus roten Blutkörperchen jeglicher Herkunft, soweit sie nicht für die medizinische Behandlung vorgesehen ist.
- b. Die Verabreichung von Produkten, welche die Aufnahme, den Transport oder die Abgabe von Sauerstoff erhöhen, wie zum Beispiel Produkte mit verändertem Hämoglobin, u.a. Rinderhämoglobine und vernetzte Hämoglobine, Mikrokapseln mit Hämoglobinprodukten, Perfluorchemikalien und RSR 13.

B. Pharmakologische, chemische und physikalische Manipulation

Der Begriff „pharmakologische, chemische und physikalische Manipulation“ bezeichnet die Anwendung von Wirkstoffen und Methoden, einschließlich Maskierungsmitteln (s. I. G.), zur Veränderung, versuchten Veränderung oder zu erwartenden Veränderung der Integrität und Validität von bei Dopingkontrollen abgenommenen Proben. Hierunter fallen unter anderem die Katheterisierung, der Austausch und/oder die Veränderung von Urin, die Hemmung der Nierenausscheidung sowie die Veränderung von Messergebnissen bei Testosteron- und Epitestosteron-(s. I. G.) Messungen.

C. Gendoping

Der Begriff „Gen- oder Zelldoping“ bezeichnet die nicht therapeutische Anwendung von Genen, Genelementen und/oder Zellen, welche die Leistungsfähigkeit des Athleten/der Athletin erhöhen können.

III. Gruppen verbotener Wirkstoffe in bestimmten Sportarten

A. Alkohol

Sofern es die Vorschriften des leitenden Gremiums vorsehen, werden Ethanol-Tests durchgeführt.

B. Cannabinoide

Sofern es die Vorschriften des leitenden Gremiums vorsehen, werden Cannabinoid-Tests (zum Beispiel Marihuana, Haschisch) durchgeführt. Bei den Olympischen Spielen werden Cannabinoid-Tests durchgeführt. Eine Konzentration von 11-Nor-Delta-9-Tetrahydrocannabinol-9-Carbonsäure (Carboxy-THC) im Urin von mehr als 15 Nanogramm/ml stellt Doping dar.

^{****}) Ist die Konzentration von Epitestosteron größer als 200 ng/ml Urin, so stellt dies einen Dopingverstoß dar, es sei denn, diese beruht nachweislich auf einem physiologischen Zustand. Die Isotopen-Verhältnis-Massenspektrometrie (IRMS) kann für die endgültige Entscheidung herangezogen werden. Sind die Ergebnisse der Isotopen-Verhältnis-Massenspektrometrie nicht schlüssig, so führt die zuständige medizinische Stelle eine Untersuchung durch, bevor die Probe für positiv erklärt wird.

C. Lokalanästhetika

Injizierbare Lokalanästhetika sind unter folgenden Voraussetzungen zugelassen:

- a. Bupivacain, Lidocain, Mepivacain, Procain und verwandte Wirkstoffe dürfen angewandt werden, nicht jedoch Cocain. Vasokonstriktorisches Mittel dürfen in Verbindung mit Lokalanästhetika angewandt werden;
- b. Verabreichung nur durch lokale oder intraartikuläre Injektion;
- c. Verabreichung nur bei medizinischer Indikation.

Sofern es die Vorschriften des leitenden Gremiums vorsehen, kann eine Mitteilung über die Verabreichung erforderlich sein.

D. Glukokortikosteroide

Die systemische Anwendung von Glukokortikosteroiden ist verboten, soweit die Verabreichung oral, rektal oder durch intravenöse oder intramuskuläre Injektion erfolgt.

Bei medizinischer Notwendigkeit ist die lokale und intraartikuläre Injektion von Glukokortikosteroiden zulässig. Sofern

es die Vorschriften des leitenden Gremiums vorsehen, kann eine Mitteilung über die Verabreichung erforderlich sein.

E. Beta-Blocker

Verbotene Wirkstoffe der Gruppe E schließen folgende Beispiele ein:

Acebutolol,
Alprenolol,
Atenolol,
Labetalol,
Metoprolol,
Nadolol,
Oxprenolol,
Propranolol,
Sotalol
und verwandte Wirkstoffe.

Sofern es die Vorschriften des leitenden Gremiums vorsehen, werden Beta-Blocker-Tests durchgeführt.

IV. Zusammenfassung von Grenzwerten für die Konzentration bestimmter Wirkstoffe im Urin, bei deren Überschreitung ein Dopingverstoß vorliegt

Carboxy-THC	> 15 Nanogramm/ml
Cathin	> 5 Mikrogramm/ml
Coffein	> 12 Mikrogramm/ml
Ephedrin	> 10 Mikrogramm/ml
Epitestosteron*)	> 200 Nanogramm/ml
Methylephedrin	> 10 Mikrogramm/ml
Morphin	> 1 Mikrogramm/ml
19-Norandrosteron	> 2 Nanogramm/ml bei Männern
19-Norandrosteron	> 5 Nanogramm/ml bei Frauen
Phenylpropanolamin	> 25 Mikrogramm/ml
Pseudoephedrin	> 25 Mikrogramm/ml
Salbutamol (als anaboler Wirkstoff)	> 1 000 Nanogramm/ml
Verhältnis der Konzentration von Testosteron zu Epitestosteron	> 6

*) wie beschrieben in I.C.b. und I.G.

V. In Kontrollen außerhalb von Wettkämpfen verbotene Wirkstoffe und Methoden

I.C. Anabole Wirkstoffe

I.D. Diuretika

I.E. Peptidhormone, Mimetika und entsprechende Wirkstoffe

I.F. Wirkstoffe mit antiöstrogener Wirkung

I.G. Maskierungsmittel

II. Verbotene Methoden

Liste von Beispielen verbotener Wirkstoffe und Methoden

Hinweis: Dies ist keine erschöpfende Liste verbotener Wirkstoffe. Viele Wirkstoffe, die nicht in dieser Liste erscheinen, sind aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den „verwandten Wirkstoffen“ verboten.

Sportler/Sportlerinnen müssen sicherstellen, dass jedes von ihnen genutzte Arzneimittel, Nahrungsergänzungsmittel, nicht rezeptpflichtige Präparat oder jeder andere von ihnen genutzte Wirkstoff keinen verbotenen Wirkstoff enthält.

Stimulanzien:

Amfepramon, Amiphenazol, Amphetamin, Bambuterol, Broman-tan, Carphedon, Cathin, Clobenzorex, Cocain, Coffein, Croprop-amid, Crothetamid, Ephedrin, Etamivan, Etilamphetamin, Etile-frin, Fencamfamin, Fenetyllin, Fenfluramin, Fenproporex, Formo-terol, Heptaminol, Mefenorex, Mephentermin, Mesocarb, Meth-amphetamin, Methoxyphenamin, Methylenedioxyamphetamin, Methylenedioxymethamphetamin, Methylephedrin, Methyl-phenidat, Nicethamid, Norfenfluramin, Parahydroxyamphetamin, Pemolin, Pentetrazol, Phendimetrazin, Phentermin, Phenmetra-zin, Phenylpropanolamin, Pholedrin, Pipradol, Prolintan, Propyl-hexedrin, Pseudoephedrin, Reproterol, Salbutamol, Salmeterol, Selegilin, Strychnin, Terbutalin.

Narkotika:

Buprenorphin, Dextromoramid, Diamorphin (Heroin), Hydroco-don, Methadon, Morphin, Pentazocin, Pethidin.

Anabole Wirkstoffe:

Androstendiol, Androstendion, Bambuterol, Bolasteron, Bolde-non, Clenbuterol, Clostebol, Danazol, Dehydrochlormethyltestos-

teron, Dehydroepiandrosteron (DHEA), Dihydrotestosteron, Drostanolon, Fenoterol, Fluoxymesteron, Formebolon, Formote-rol, Gestrinon, Mesterolone, Metandienon, Metenolon, Methandri-ol, Methyltestosteron, Miboleron, Nandrolon, 19-Norandrostendiol, 19-Norandrostendion, Norbolethon, Norethandrolon, Oxandrolon, Oxymesteron, Oxymetholon, Reproterol, Salbuta-mol, Salmeterol, Stanozolol, Terbutalin, Testosteron, Trenbolon.

Diuretika:

Amilorid, Acetazolamid, Bendroflumethiazid, Bumetanid, Canre-non, Chlortalidon, Etacrynsäure, Furosemid, Hydrochlorothiazid, Indapamid, Mannitol (durch intravenöse Injektion), Mersalyl, Spironolacton, Triamteren.

Maskierungsmittel:

Diuretika (siehe oben), Epitestosteron, Probenecid, Hydroxy-äthylstärke.

Peptidhormone, Mimetika und entsprechende Wirkstoffe:

ACTH, Erythropoietin (EPO), hCG*), hGH, Insulin, LH*), IGF-I.

Wirkstoffe mit antiöstrogener Wirkung:

Clomiphen*), Cyclofenil*), Tamoxifen*).

Beta-Blocker:

Acebutolol, Alprenolol, Atenolol, Betaxolol, Bisoprolol, Bunolol, Carteolol, Carvedilol, Celiprolol, Esmolol, Labetalol, Levobunolol, Metipranolol, Metoprolol, Nadolol, Oxprenolol, Pindolol, Propranolol, Sotalol, Timolol.

*) Nur bei Männern verboten.

**Bekanntmachung
von Änderungen
des Anhangs zu der Ausführungsordnung (Gebührenverzeichnis)
zum Patentreibungsarbeitsvertrag**

Vom 26. März 2003

Die Versammlung des Verbandes für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens hat am 1. Oktober 2002 Änderungen des Anhangs zu der Ausführungsordnung (Gebührenverzeichnis) zum Patentreibungsarbeitsvertrag vom 19. Juni 1970 (BGBl. 1976 II S. 649, 664, 721) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1976 über internationale Patentübereinkommen (BGBl. 1976 II S. 649) nachstehend bekannt gemacht. Die Änderungen des Gebührenverzeichnisses sind am 17. Oktober 2002 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. März 2002 (BGBl. II S. 727).

Berlin, den 26. März 2003

Bundesministerium der Justiz
Im Auftrag
Dr. Hucko

**Amended Schedule of Fees annexed to the Regulations
under the Patent Cooperation Treaty (PCT)**

Schedule of Fees
(with effect from October 17, 2002)

Fees	Amounts
1. Basic Fee: (Rule 15.2(a))	
(a) if the international application contains not more than 30 sheets	650 Swiss francs
(b) if the international application contains more than 30 sheets	650 Swiss francs plus 15 Swiss francs for each sheet in excess of 30 sheets
2. Designation Fee: (Rule 15.2(a))	
(a) for designations made under Rule 4.9(a)	140 Swiss francs per designation provided that any designation made under Rule 4.9(a) in excess of 5 shall not require the payment of a designation fee
(b) for designations made under Rule 4.9(b) and confirmed under Rule 4.9(c)	140 Swiss francs per designation
3. Handling Fee: (Rule 57.2(a))	233 Swiss francs

Reductions

4. The total amount of the fees payable under items 1 and 2(a) is reduced by 200 Swiss francs if the international application is, in accordance with and to the extent provided for in the Administrative Instructions, filed:
 - (a) on paper together with a copy thereof in electronic form; or
 - (b) in electronic form.
5. All fees payable (where applicable, as reduced under item 4) are reduced by 75% for international applications filed by any applicant who is a natural person and who is a national of and resides in a State whose per capita national income is below US \$ 3,000 (according to the average per capita national income figures used by the United Nations for determining its scale of assessments for the contributions payable for the years 1995, 1996 and 1997); if there are several applicants, each must satisfy those criteria.

Barème modifié de taxes annexé au règlement d'exécution
du Traité de coopération en matière de brevets (PCT)

Barème de taxes
(avec effet au 17 octobre 2002)

Taxes	Montants
1. Taxe de base: (Règle 15.2.a))	
a) si la demande internationale ne comporte pas plus de 30 feuilles	650 francs suisses
b) si la demande internationale comporte plus de 30 feuilles	650 francs suisses plus 15 francs suisses par feuille à compter de la 31 ^e
2. Taxe de désignation: (Règle 15.2.a))	
a) pour les désignations faites selon la règle 4.9.a)	140 francs suisses par désignation, étant entendu que toute désignation, à compter de la 6 ^e , faite selon la règle 4.9.a) n'est soumise au paiement d'aucune taxe de désignation
(b) pour les désignations faites selon la règle 4.9.b) et confirmées selon la règle 4.9.c)	140 francs suisses par désignation
3. Taxe de traitement: (Règle 57.2.a))	233 francs suisses

Réductions

4. Le montant total des taxes payables en vertu des points 1 et 2.a) est réduit de 200 francs suisses si la demande internationale est, conformément aux instructions administratives et dans la mesure prévue par celles-ci, déposée:
 - a) sur papier avec une copie de la demande sous forme électronique; ou
 - b) sous forme électronique.
5. Toutes les taxes payables (compte tenu, le cas échéant, de la réduction prévue au point 4) sont réduites de 75 % pour les demandes internationales dont le déposant est une personne physique qui est ressortissante d'un État, et est domiciliée dans un État, où le revenu national par habitant (déterminé d'après le revenu national moyen par habitant retenu par l'Organisation des Nations Unies pour arrêter son barème des contributions au titre des années 1995, 1996 et 1997) est inférieur à 3000 dollars des États-Unis; s'il y a plusieurs déposants, chacun d'eux doit satisfaire à ces critères.

Änderung des Anhangs
zu der Ausführungsordnung (Gebührenverzeichnis)
zum Patentrechtsabkommen (PCT)

Gebührenverzeichnis^{*)}
(gültig ab 17. Oktober 2002)

Gebühr	Betrag
1. Grundgebühr: (Regel 15.2 Absatz a)	
a) falls die internationale Anmeldung nicht mehr als 30 Blätter enthält:	650 Schweizer Franken
b) falls die internationale Anmeldung mehr als 30 Blätter enthält:	650 Schweizer Franken zuzüglich 15 Schweizer Franken für das 31. und jedes weitere Blatt
2. Bestimmungsgebühr: (Regel 15.2 Absatz a)	
a) für Bestimmungen nach Regel 4.9 Absatz a	140 Schweizer Franken für jede Bestimmung mit der Maßgabe, dass maximal 5 nach Regel 4.9 Absatz a vorgenommene Bestimmungen gebührenpflichtig sind
b) für Bestimmungen nach Regel 4.9 Absatz b, die nach Regel 4.9 Absatz c bestätigt werden	140 Schweizer Franken für jede Bestimmung
3. Bearbeitungsgebühr: (Regel 57.2 Absatz a)	233 Schweizer Franken

Ermäßigungen

4. Der Gesamtbetrag der unter den Nummern 1 und 2 Buchstabe a anfallenden Gebühren ermäßigt sich um 200 Schweizer Franken, sofern die internationale Anmeldung nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften und in dem dort zugelassenen Umfang
 - a) in Papierform zusammen mit einer Kopie der internationalen Anmeldung in elektronischer Form oder
 - b) in elektronischer Form eingereicht wird.
5. Sämtliche Gebühren (gegebenenfalls ermäßigt um den in Nummer 4 genannten Betrag) ermäßigen sich um 75 % für internationale Anmeldungen, die von einem Anmelder eingereicht werden, der eine natürliche Person und Staatsangehöriger eines Staats ist und in einem Staat seinen Wohnsitz hat, dessen nationales Pro-Kopf-Einkommen unter 3 000 US Dollar liegt (entsprechend dem von den Vereinten Nationen für die Festlegung ihrer Beitragsskala für die in den Jahren 1995, 1996 und 1997 zu zahlenden Beiträge verwandten durchschnittlichen nationalen Pro-Kopf-Einkommen). Bei mehreren Anmeldern muss jeder die oben genannten Kriterien erfüllen.

^{*)} amtliche Übersetzung gemäß PCT Artikel 67(1)b)

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Verträge von 1999 des Weltpostvereins**

Vom 31. März 2003

I.

Nach Artikel 7 Abs. 2 des Gesetzes vom 18. Juni 2002 zu den Verträgen vom 15. September 1999 des Weltpostvereins (BGBl. 2002 II S. 1446) wird bekannt gemacht, dass

1. das Sechste Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins
2. die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins
3. der Weltpostvertrag und Schlussprotokoll
4. das Postzahlungsdienste-Übereinkommen

für die

Bundesrepublik Deutschland am 8. November 2002

in Kraft getreten sind; die Ratifikationsurkunde ist am 8. November 2002 beim Generaldirektor des Internationalen Büros des Weltpostvereins in Bern hinterlegt worden.

Die Verträge sind ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Bolivien	am	13. August 2002,	Nr. 1-4
Bulgarien	am	11. April 2001,	Nr. 1-4
Dänemark	am	8. Juli 2002,	Nr. 1
Estland	am	12. Juli 2002,	Nr. 1-3
Finnland	am	1. Januar 2001,	Nr. 1-4
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung			
Frankreich	am	31. Januar 2002,	Nr. 4
	am	1. Februar 2002,	Nr. 1
Griechenland	am	7. November 2002,	Nr. 1-4
Indonesien	am	1. Januar 2001,	Nr. 1
Japan	am	1. Januar 2001,	Nr. 1-4
Jemen	am	21. August 2002,	Nr. 1-4
Jordanien	am	7. Oktober 2002,	Nr. 1-4
Jugoslawien, Bundesrepublik	am	9. Juli 2001,	Nr. 1-4
Kanada	am	23. Februar 2001,	Nr. 1-4
Kasachstan	am	31. Juli 2002,	Nr. 1
Katar	am	28. Mai 2001,	Nr. 1-4
Kenia	am	6. November 2001,	Nr. 1-4
Korea, Republik	am	19. Januar 2001,	Nr. 1-4
Libanon	am	27. Juni 2001,	Nr. 1-4
Monaco	am	1. Januar 2001,	Nr. 1-4
Neuseeland	am	9. November 2001,	Nr. 1-3
Norwegen	am	17. Oktober 2002,	Nr. 1-4
Oman	am	19. April 2001,	Nr. 1-3
Österreich	am	29. Januar 2002,	Nr. 1-4
Panama	am	15. Februar 2002,	Nr. 1
Peru	am	16. März 2001,	Nr. 1-4
Polen	am	22. März 2002,	Nr. 1
	am	20. August 2002,	Nr. 2-4
Rumänien	am	19. Februar 2002,	Nr. 1-4
Russische Föderation	am	24. Mai 2002,	Nr. 1
Saudi-Arabien	am	21. Januar 2002,	Nr. 1-4
Schweden	am	16. Februar 2001,	Nr. 1-4

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: DMB Bundesdruckerei GmbH & Co. KG

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2003 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Schweiz	am	25. April 2001,	Nr. 1-4
Slowakei	am	1. Januar 2001,	Nr. 1-4
Syrien, Arabische Republik	am	30. November 2001,	Nr. 1-4
Thailand	am	7. Mai 2001,	Nr. 1
	am	23. Februar 2002,	Nr. 3, 4
Tschad	am	1. März 2002,	Nr. 1-4
Tschechische Republik	am	18. Dezember 2001,	Nr. 1
	am	14. Mai 2002,	Nr. 2-4
Tunesien	am	22. April 2002,	Nr. 1-4
Vereinigte Arabische Emirate	am	3. Juli 2001,	Nr. 1-4
Vereinigte Staaten	am	10. April 2001,	Nr. 1-4
Vietnam	am	15. Januar 2001,	Nr. 1-4.

II.

Finnland hat am 21. Dezember 2000 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde folgende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

“Finland, as a member country of the European Union, declares that it will apply the Sixth additional Protocol to the Constitution of the Universal Postal Union, the General Regulations of the Universal Postal Union, the Universal Postal Convention and the Postal Payment Services Agreement in accordance with its obligations pursuant to the Treaty establishing the European Union and the General Agreement on Trade in Services (GATS) of the World Trade Organization.”

„Als Mitgliedstaat der Europäischen Union erklärt Finnland, dass es das Sechste Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins, die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins, den Weltpostvertrag und das Postzahlungsdienste-Übereinkommen im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Europäische Union und dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen der Welthandelsorganisation anwenden wird.“

Berlin, den 31. März 2003

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer